

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Preis pro Jahr monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark. Eine Jahrgangsbüchse, Verlag und Druck: Produktions-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. B. H. B., Halle, Verdenstraße 14

Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Breite; 70 Pfennig für Rahmen im Textfeld. Manuskripte zu richten nach Halle, Verdenstraße 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Zerstör.-Abtr.: Klassenkampf. Höhe: Bankkonto: Commerz- u. Privatbank, Halle. Schließkonto: Leipzig 1068 48 Reichsbank, Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Montag, 16. Mai 1927

7. Jahrgang * Nr. 114

Mobilisiert gegen die drohende Kriegsgefahr

An die deutsche Arbeiterschaft!

Gewaltige Protestkundgebungen in Moskau

(Eig. Draht.) Moskau, 16. Mai.

Der Ueberfall auf die Ureos in London erregte die allgemeine Entrüstung der werktätigen Massen der Sowjetunion. In vielen Städten der Sowjetunion fanden gewaltige Massenversammlungen und Protestkundgebungen statt. Die Arbeiter, Angestellten, Rotarmisten und die Schuljugend verarmelten sich in weitläufigen Kolonnen auf den Straßen und Hauptplätzen Moskaus und veranstalteten mächtige Demonstrationen. Die Plakate, welche die Demonstranten mit sich führten, wickeln Kultur auf, die sich an die englischen Arbeiter richteten und an sie appellierten, die Kriegsprovokationen der Imperialisten nicht zu gestatten und die Bemühungen der Sowjetregierung um Erhaltung des Friedens zu unterstützen. Das Gebäude der englischen Mission wurde von einem verstärkten Milizangebot bewacht, das die Demonstranten, die das Gebäude betreten wollten, zurückdrängen mußte. Die Kundgebungen dauerten bis spät abends.

Klassen Genossen! Die Polizeigebühren des britischen Imperialismus haben einen frechen Ueberfall auf die russische Handelsvertretung und auf das Gebäude der Allrussischen Genossenschaften in London verübt. Eine Hausdurchsuchung soll Material zur Nachfertigung der Kriegspläne der englischen Brandstifter zur Stelle schaffen.

Die Gaunertricks der Baldwin-Regierung, die ihre Mehrheit mit dem gefälschten „Sinowjew-Brief“ erschwanden, können niemanden täuschen. Die englische Bourgeoisie sieht ihre Herrschaft durch den Aufstieg der Arbeiterklasse, durch das Erwachen der Kolonialvölker bedroht. Sie fürchtet in Sowjet-Rußland den mächtigsten Freund aller Ausgebeuteten und Unterdrückten. Durch brutale Gewalt und tödliche Ausnützung des Verrats hat sie der englischen Arbeiterschaft und der chinesischen Revolution schwere Schläge zugefügt. Jetzt glaubt sie die Stunde gekommen, mit dem Hort der Unterdrückten und Ausgebeuteten der ganzen Welt, mit dem einzigen Proletariat, der Sowjetunion, abzurechnen zu können. Jeder Arbeiter, jeder Werktätige, jeder aufrichtige Feind des imperialistischen Krieges muß verstehen:

England will den Krieg, England provoziert den Krieg mit allen Mitteln.

Die Sowjetregierung hat die ganze Reihe unverfälschter Herausforderungen, von der Rote Chamberlains bis zur Entsendung der Henker Tschangsolins in die Fesseln russische Bolschewiki, mit unerfütterlicher Ruhe zurückgewiesen. Sie hat mit fester Hand die Sache des Friedens verteidigt. Die Sowjetregierung, deren Vertreter in Genf soeben vor der ganzen Welt die Sache der Ausgebeuteten führen, wird trotz aller Provokationen den Frieden weiter bis zum äußersten verteidigen. Aber der Weltimperialismus wird vor keiner Drohung, vor keinem Verbrechen zurückweichen, um den Krieg gegen die Vormacht des internationalen Proletariats zu entfesseln.

Nur die kampfbereite, zum äußersten bereitete Solidarität der Arbeiterklasse kann das Verhängnis abwenden. Der Vlag jedes klassenbewußten Arbeiters ist an der Seite des bedrohten russischen Proletariats.

Die deutsche Bourgeoisie steht mit den englischen Imperialisten im Bunde, sie beteiligt sich im Völkerbunde an den Kriegsplänen gegen die Sowjetunion und die rebellierenden Kolonialvölker. Ihre Presse unterstützt die Verbrechen und Lügen der englischen Kriegshetze. Die deutsche Bourgeoisie wird keinen Augenblick zögern, das deutsche Volk aus neue als Kanonenfutter in die Schützengräben zu jagen, wenn ihr die Aussicht auf neuen Gebietserwerb und Kolonialraub winkt. Aber kein Machtgebot, keine Gewalt wird die klassenbewußten Arbeiter Deutschlands zwingen, die Waffen gegen die russischen Brüder zu richten, Mordwerkzeuge für die Todesfeinde des Proletariats herzustellen, Transporte für Arbeitermörder durchzulassen.

Am 8. Mai haben die falschitischen Garden des Stahlheims in nuter dem Kommando wilhelminischer Generale ihre Bereitschaft im Kampfe gegen den Bolschewismus demonstriert. Die Berliner Arbeiterschaft hat in massvollen Gegenkundgebungen gezeigt, daß sie zum Kampfe gegen die Organisations- und Propagandisten des Massenmordes entschlossen ist. Die reformistischen Führer, die Durchfallprediger im Weltkrieg, haben die Polizei zum Schutz des falschitischen Kriegesvereins gegen die Arbeiter geholt, sie unterstützen seit Jahren die Kriegshetze des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion, sie werden auch in dieser kritischen Stunde an der Seite der Imperialisten gegen das Proletariat stehen.

Gegen die Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie, gegen die Kriegsdrohungen der englischen Imperialisten, gegen die Sa-

botage jeder wirksamen Massenaktion durch die Reformisten gilt es die arbeitenden Massen Deutschlands aufzurütteln.

Jeder Betrieb, jede Gewerkschaft, jede Massenorganisation der Werktätigen, jede Arbeitervereinigung muß zur Frage der Kriegsgefahr Stellung nehmen und den Kampf gegen den Imperialismus und Kriegesgefahr zum Schutze der Sowjetunion mit allen Mitteln beschließen. Die Millionenmasse der Werktätigen muß sich unter den Losungen vereinigen:

Keine Waffe, keine Munition, kein Transport für die Imperialisten!

Nieder mit dem britischen, nieder mit dem Weltimperialismus!

Nieder mit der Bürgerblut-Regierung, der Mittersehmorenen der englischen Kriegshetze!

Hände weg von Sowjet-Rußland!

Aktive Solidarität mit dem revolutionären China!

Gegen den imperialistischen Krieg, für den Frieden!

Berlin, den 14. Mai 1927.

Zentralkomitee der KPD.
Sektion der Kommunistischen Internationale

Vormarsch der KPD! Rückschritt der SPD!

Trotz Landbündlerterror und Kommunistenhetze harter Wahlerfolg in Sangerhausen

(Eig. Meldung.) Sangerhausen, 15. Mai.

Das Gesamtergebnis der Kreiswahlwahlen in Sangerhausen lautet:

KPD . . . 6288 (5430) Stimmen = 6 (6) Mandate,
SPD . . . 7611 (7712) Stimmen = 7 (8) Mandate,
Landbund . . . 8641 8 Mandate,
Gemeinschaftsliste (bgl.) 6038 Stimmen = 6 Mandate.
Landbund und Gemeinschaftsliste bisher: 13 217 Stimmen, 13 Mandate.

KPD hat 858 Stimmen gewonnen.
SPD hat 101 Stimmen verloren.

(An den Klammern sind die Wahlergebnisse vom November 1925 enthalten.)

Das Ziel jedes klassenbewußten Arbeiters im Wahlkampf in Sangerhausen ist diesmal noch nicht erreicht worden. Die bürgerliche Mehrheit bleibt, die rote Mehrheit der Werktätigen ist diesmal noch nicht erkämpft worden!

Aber die Kommunistische Partei hat ihre Stimmen um 858 vermehrt, während die SPD rund 100 Stimmen gegen die Wahlen im November 1925 verloren hat. Diese aufwärtsstrebende Entwicklung der KPD und der Rückschritt der SPD, beweisen deutlich, daß ein großer Teil des Proletariats auch in diesem Bezirk erkannt hat, die Politik der Sozialdemokratie ist die Politik des Klassenverrats, die Sozialdemokraten sind die Wegbereiter der Arbeiterherrschaft. Die Sozialdemokraten haben ihren Einfluß zu behaupten. Diese Zeiten sind vorbei! Die Wahl beweist, daß sich das Proletariat immer mehr hinter die Kommunistische Partei stellt und damit seiner Bereitschaft zum rückwärtslosen Klassenkampf Ausdruck gibt. Allerdings, ein noch größerer Teil als der, der an dieser Wahl zu uns getreten ist, steht noch abseits oder läßt sich gar von dem Terror der Bürgerlichen einschüchtern und stimmt für seine Klassengegner.

Denn das Wahlergebnis der Bürgerlichen ist das Produkt der niederträchtigen Hetze gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und des brutalsten Terrors besonders auf dem Lande. Die kommunistischen Stimmen haben ja gerade in den Städten großen Zuwachs erhalten, während auf dem Lande hier und da gewisse Rückschläge

zu verzeichnen sind. Abgesehen davon, daß hierbei auch das Verhalten der reformistischen Landarbeitervereinsbureaucratie in den Wirtschaftskämpfen des Landproletariats eine bedeutende Rolle spielt, ist der wirtschaftliche Terror des Landbundes doch das Ausschlaggebende. Der Reformismus hat besonders auf dem Lande dem Bürgertum und der Reaktion in die Hände gearbeitet. Besonders erfolgreich war der Wahlkampf der KPD in Sangerhausen. Dort gewann man fast 500 Stimmen und sorgte dafür, daß Sangerhausen wieder zur roten Stadt geworden ist. Das ist sicherlich ein Erfolg der politischen Kampfführung der Kommunisten. Wir kämpfen nicht nur um kleine Tagesforderungen, sondern um die wichtigsten politischen Lösungen des deutschen Proletariats:

Gegen Bürgerblut, Faschismus, Imperialismus und Krieg!
Für rote Einheitsfront, Klassenkampf, China, Sowjet-Rußland und Sozialismus!

Und gerade weil wir mit diesen Losungen in den größten Orten so gute Erfolge erlangen haben, ist die Wahl ein Zeichen für das Erwachen der Arbeiterschaft, für den steigenden Kampfwillen gegen Reaktion und Bürgerblut!

Die wichtigsten Lehren dieser Wahl für die Gesamtpartei im Bezirk sind demnach:

Schonkt dem Land mehr Aufmerksamkeit! Schmiebt neben dem Bündnis mit allen Schichten des Proletariats in der Abwehr des Bündnis zwischen Landproletariat und Industriearbeitern. Verhindert, daß die Reaktion das Landproletariat zum Sinnverwirrer und Reformierungsfeld des Faschismus benutzen kann. Keine kommunistische Stadtorganisation, keine Betriebszelle, die nicht planmäßig ein Stück des faschen Landes bearbeitet.

Macht aus den Gewerkschaften revolutionäre Kampfgenerationen der breiten Masse! Leistet besonders im Landarbeiterverband praktische Arbeit, organisiert die Landarbeiter, aber nicht zur Errichtung neuer Kongressen für die reformistische Bureaucratie, sondern zum Kampf gegen den Terror des Landbundes und der Großagrarier, für die Befreiung der wirtschaftlichen Lage des Landarbeiters und der kleinen Bauernschaft!

Die Kreiswahlwahlen in Sangerhausen sind ein schöner Erfolg für die KPD, der beweist, daß wir auf dem rechten Wege sind. Weiter vorwärts unter weiteren Hauptlosungen, gegen Bürgerblut und Faschismus, für die rote Einheitsfront des Proletariats!

Heraus

zur Protestkundgebung

Mittwoch, 18. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkspark“

gegen den Ueberfall auf die Londoner Sowjetgebäude

gegen die Kriegsprovokation der englischen Regierung

KPD., Bezirksleitung Halle-Merseburg

Der Kieler Parteitag der SPD.

und der Kampf gegen Imperialismus und Kriegsgesfahr

Von Lesz

In einer Zeit, wo die unmittelbare Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges selbst dem blindsten Auge sichtbar wird, tritt die deutsche Sozialdemokratie zu einem Parteitag zusammen, der sich in seinem Punkte seiner Tagesordnung mit den Fragen des Imperialismus und des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg ausdrücklich befaßt. Wenn man die Urinhalte, die von verschiedenen Parteioptionen zum Parteitag eingereicht wurden, durchsieht, so wird man seinen eigenen finden, der sich gegenwärtigen Weltlage und zu den Aufgaben, die sich daraus für die Sozialdemokratie ergeben, konkret Stellung nimmt, obwohl der größte Teil dieser Urinhalte von oppositionellen Organisationen ausgeht, deren Führer behaupten, die moralische Politik gegenüber dem Opportunismus des Parteivorstandes zu verteidigen.

Warum dieses Auseinander von den wichtigsten, dringenden Fragen des internationalen proletarischen Kampfes? Das ist leicht zu verstehen. Gerade in den Fragen des Imperialismus und der Einigung der gegenwärtigen Weltlage fließt der Gegensatz zwischen dem Marxismus, der einzig und allein von der Kommunistischen Internationale gefördert wird, und dem Reformismus in seinen verschiedenen Schattierungen am weitesten auseinander, und gerade hier kann sich jeder denkende Arbeiter besonders leicht auf Grund der Lehren von dem vollkommenen Verrat der reformistischen Ideologie überzeugen. Gegen den alten marxistischen Grundsatz: „Der Sozialismus ist der Krieg, der Sozialismus ist der Frieden“, stellen die Reformisten nach dem Abschluß des imperialistischen Krieges durch den imperialistischen Frieden die These, daß die bürgerliche Welt unter dem Einfluß der Sozialdemokratie sich zum Pazifismus bekehrt hat und mit Hilfe des Völkerbundes den Frieden sichern wird, während die proletarische Revolution „nach russischem Muster“ zum Bürgerkrieg und zu auswärtigen Kriegen führen müßte. Die Ausnutzung des Friedenswillens der Massen gegen die proletarische Revolution, das war eine der gefährlichsten Waffen des Reformismus in den Jahren nach dem Krieg. Mit der Behauptung, daß die „Arbeiterpartei“ durch eine Koalition mit den vernünftigen, demokratischen, pazifistischen, bürgerlichen Parteien gegen die unermesslichen, nationalen, reaktionären Parteien der Weltkriege führen kann, wurde die Koalitionspolitik bekräftigt und gefördert in einer Zeit, wo die Arbeiter sahen, daß ihnen diese Politik sowohl auf sozialem als auch auf innerparteilichem Gebiet keinen Fortschritt, sondern höchstens Rückschläge brachte.

Auch nach dem Scheitern der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung im Jahre 1923, nach der blutigen Niederschlagung der Arbeiterfront mit Hilfe des Ausnahmestandes, der Reichswehrverfassung und Ermächtigungsgesetze, in der Zeit des Abwandes der Sozialgesetzgebung, des Raubes des Achtstundentages, der Verhöhnung ungeheurer Steuerlasten, des unheimlichen Zollwunders, setzte die SPD. ihre Politik der Duldung und Unterstützung der reaktionären Regierungen Luther und Marx fort, mit der einzigen Begründung, daß die Unterdrückung der „Friedenspolitik“ Stresemanns im Interesse der Arbeiterklasse notwendig sei, während eine Koalitionspolitik mit den Bourgeoisien die Gefahr eines Revolutionskrieges mit sich bringen würde. Auch heute noch spekuliert der Parteivorstand der SPD. auf „Ruhe im Bürgerkrieg“, die sich aus dem Gegensatz zwischen dem „Pazifismus“ Stresemanns und den Wünschen der deutschen Arbeiterklasse ergeben sollen. Durch die Abwegung der faktischen Einheit aller Bourgeoisien-Parteien in den Fragen der Außenpolitik auf dem Boden des Imperialismus soll diese imperialistische Politik weiter „pazifistisch“ maskiert werden.

Mit der Außenpolitik der SPD. würde zugleich die ganze Koalitionspolitik der SPD. in der schärfsten Form zur Disstitution gestellt sein. Man darf nicht vergessen, daß die außenpolitische Solidarität der SPD. mit der Bourgeoisie in dem schmählichen Zusammenbruch der 2. Internationale im August 1914 ihren Ausdruck fand. Eine „Arbeiterpartei“, die mit der Außenpolitik ihrer Bourgeoisie im Frieden kollaboriert, ist nicht eine „Arbeiterpartei“, die mit der „Vorwärts“ behauptet, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der Abschluß der Locarno-Verträge der Bourgeoisie dienen. Aber heute wird selbst der engstirnigste bürgerliche Pazifist nicht mehr abstreiten können, daß diese Verträge, wie entfremdet davon, den Arbeiter zu sichern, die Gefahr außerordentlich erhöhen, das Deutschland, das durch diese Verträge mit dem englischen Imperialismus verbunden ist, sich an den von den englischen Imperialisten provozierten Kriegen beteiligen wird.

Kann die SPD. auch nur ihre heuchlerische Parole der „Neutralität“ in einem Kriege zwischen England und China oder zwischen England und der Sowjetunion — und niemand wird die Möglichkeit eines solchen Krieges trotz der Konsequenzen bis zum äußersten gehen — beibehalten? Es unterliegt doch keinem Zweifel, daß der Völkerbund, der unter dem Kommando des englischen Imperialismus steht, möge ein Krieg wie immer ausbrechen, niemals in England, sondern immer in den Händen Englands den Urheber des Krieges, den „Angreifer“, sehen wird. Wenn der Völkerbundstrahl gemäß den Lehren des Völkerbundes von Deutschland die Unterstützung des Völkerbundes mit allen Mitteln fordert und der britische Imperialismus für die Kriegspolitiken Kolonialkrieg und eine A-Block der Chinesen Deutschlands in Aussicht stellt, wenn dann die deutsche Bourgeoisie nach dem berühmten Müller von 1914 eine Kriegspolitike „gegen die baltische Barbarei zur Rettung der europäischen Zivilisation“ entsetzt, wo wird dann die SPD. mit ihrer Neutralitätsparole bleiben?

Wenn in Kiel ein Delegierter der Stimmung und dem Willen von Tausenden von Klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeitern Ausdruck geben müßte, so müßte er diese Frage stellen und für diesen Fall nicht Neutralität, sondern den Kampf gegen den Imperialismus und die Solidarität mit den russischen und chinesischen Revolutionen fordern.

Werden wir eine solche Stimme auf dem Kieler Parteitag hören? Auf dem Dresdener Parteitag erwiderte Dr. G. Feiler, der als Delegierter zum Reichsparteitag gewählt wurde, auf die antihilfschweigende Frage Kampfes, die deutschen Arbeiter müßten auf der Seite der Sowjet-Rußlands stehen, wenn es um britischen Imperialismus angeht würde. Das war eine ganz vereinzelte Stellungnahme selbst in dieser Art. Aber solchen diplomatischen Reden kann jeder Sozialpartei, jeder Reichstags, Weis und Kritik zusammen, mit dem klaren Hintergedanken: wir werden schon die nötigen „Wendungen“ nach dem „Müller“, „französischer Flügel über Nürnberg“ bringen, damit der dumme Michel glaubt, daß Ausland der Angreifer ist.

Für jeden Marxisten ist es klar, daß in einem Krieg zwischen einem Lande der proletarischen Revolution oder auch der nation-

alen Revolution gegen den Imperialismus und einer imperialistischen Weltmacht der Imperialismus immer der Angreifer ist, welchen Anlaß immer der Kriegsausbruch haben mag. Wenn es zwischen streikenden Arbeitern und den Garben des Kapitals zu einem Kampfe kommt, so fragt ein Klassenbewußter Arbeiter auch nicht danach, wer zuerst die Hand gehoben oder einen Stein geworfen hat, sondern sein Blick ist an der Seite der Ausgebeuteten und Unterdrückten, die immer in der Notwehr sind, wenn sie sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung erheben. Wenn es nicht die Frage in dem Weltkampf, in dem auf dem einen Seite der proletarische Staat, die Sowjetunion, und die Kolonialarbeiter, auf der anderen Seite der Völkerbund und die imperialistischen Mächte stehen.

Wir haben in der Kreise der „linken“ SPD. in der „Chemnitzer Volksstimme“, der „Leipziger Volkszeitung“, usw. schon manchen Artikel gelesen, in dem die Rolle des britischen Imperialismus und des Völkerbundes als Brandstifter, in dem insbesondere die Einziehungspolitik gegen die Sowjetunion ganz richtig dargestellt wurde. Aber wir haben noch nirgendwo gelesen, daß aus der richtigen Erkenntnis eine praktische Folgerung gezogen wurde. Ist es richtig, daß nicht der Volkswismus, sondern der britische Imperialismus den Weltfrieden bedroht, daß der Völkerbund nicht eine schlecht funktionierende Feuerwehr, sondern eine gut organisierte Bande von Werdbrännern ist, daß Stresemann keine pazifistische Politik treibt, sondern in der Gestalt der Finanzkapital, der Bank und Trümpfmann in der Gestalt des britischen Imperialismus neuen Gebietes erwerbs, die Zurückgewinnung der Kolonien, die Verhinderung der imperialistischen Machtstellung Deutschlands anstrebt, so muß man die Politik der deutschen Regierung samt ihrer Stresemann und die Außenpolitik der SPD. die mit der imperialistischen Regierung identisch ist, aufs schärfste bekämpfen. Man muß gegen den Weltimperialismus und seinen Völkerbund, gegen die 2. Internationale, die Agentin des Völkerbundes und des Weltimperialismus, praktische

internationale Solidarität des Proletariats mit der chinesischen Revolution, mit dem proletarischen Kampf, die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes fordern.

Werden wir etwas davon auf dem Kieler Parteitag hören? Ein Antrag des Leipziger Bezirks fordert die Organisationskommission der Parteitag, die im Zusammenwirken der SPD. mit dem internationalen Gewerkschaftsbund die Verhinderung künftiger Kriege ermöglichen und die „Durchführung des Generalstreikes im Falle eines Kriegsausbruchs“ als das „wirksamste Mittel zur Erreichung dieses Hauptzieles“. Die Leipziger Arbeiter, die für diese Resolution gestimmt haben, haben es gewiß in der ehrlichen Überzeugung getan, daß durch den Sozialpatriotismus einen Riegel vorzulegen und die Wiederkehr eines zweiten August 1914 zu verhindern. Aber die Arbeiter dürfen nicht vergessen, daß solche Resolutionen vor und nach dem Kriege von internationalen Kongressen mehr als einmal gefaßt wurden. Aber schließlich, hinter denen steht die Idee zur Tat führt, wird verlor. Sozialpartei, die für den Fall eines Krieges den Generalstreik versprechen, aber heute den Imperialismus nicht bekämpfen, sondern imperialistische Regierungen und den imperialistischen Völkerbund unterstützen, sind bewußte Arbeiterbeträger. Wenn das Proletariat sich auf die Verhinderung des Krieges durch solche Leute verlassen würde, wäre es verflucht.

Die vielen tausende sozialdemokratischen Arbeiter, die zwar nicht mehr von den offiziellen Führern, den Räte, Hermann Müller, Scheibmann und Breitfeld, einen ersten Kampf gegen Imperialismus und Kriegsgesfahr erwarten, noch aber noch von den oppositionellen Führern, die sich als „links“ gebären, den Räte, Scheibmann, Saupé, Klinker usw., sie mögen diesen Keimern des leeren Sozialismus sorgfältig auf den Mund und noch mehr auf die Hände sehen und aus ihren Worten und Taten die richtigen Schlusfolgerungen ziehen.

Giftgasangriff auf die SPD.

Von Maslow und Raß bis Paul Levi und ... Verghöly

Ein Giftgasangriff gegen die rote Front hat auf der ganzen Linie eingesetzt. Seit dem Stahlschlag ist es keine Zeitungsnummer der SPD., die nicht ganze Spalten von „Bomben“ gegen die Kommunisten absetzt. Die Zerlegung in der „KPD“, „Kommunistische Korruption“, „Wählende Opposition und Zerfall bei den Lenin-Wählern“, das sind die typischen Zweifelpunkte, die gegen uns losgeschleudert werden. Wenn man ihnen auf den Grund geht, dann stellt sich heraus, daß sie aus den Pamphleten und Winkeblättern der verschiedenen Renegatengruppen, die unter dem Ausmaß der Defensivität erscheinen, ihr „Material“ holen. Die Stempelreiter zitierten nicht zum ersten Male, aber erfriger als je Maslow, Raß und Raß — als Krassen gegen die KPD. Da es in diesem Artikel hier traurig aussieht, haben der „Vorwärts“ und seine Ableger unter anderem auch zu einem Rundbrief in der Auslandslage in alle Winde zerstreut „Arbeiteropposition“ aus dem Jahre 1924 gegriffen und zerwirrt sie als große Entstellungen.

Es verlohnt sich nicht, auf dieses „Material“ einzugehen. Bindegänger will man ruhig verpuffen lassen. Aber ein Blick über die Ursachen des plötzlichen Feuersturms ist am Platze. Dieser Feuerüberfall beweist für alle vorangegangenen Heftkampagnen der SPD., was in der deutschen Arbeiterklasse vorgeht. Die sozialdemokratische Parteiführung ist alarmiert. Die wachsende Opposition im ganzen Reich, die Spaltung der SPD., der revolutionäre Umschwung bei den Arbeitern, die Vorkämpfer in allen Massenorganisationen haben es mit angehen. Und seit den bedrückenden Ereignissen des Stahlschlags sind die Herrschaften, „Linke“ und „Rechte“ müde erdrückt, während das der Ruhe gestöhnt. Das ist die unmittelbare Wirkung des unvorzähligen Aufmarsches am 8. Mai in Berlin und im ganzen Reich. Das ist die Einigkeit in dem Zusammenbruch der Politik der preussischen Koalitionshüter Geyling und Braun, ihrer Hilfspersonen von Gorbats und Klinker und ihrer Exekutiv, der Polizei S. 8. Die gewaltigen Massenemonstrationen am Stahlschlag, an denen sozialdemokratische Arbeiter, Sozialisten und Reichsbannerleute brüderlich in den Reihen der Klassenbewußten Arbeiter marschierten und unter der Führung der Kommunisten gegen den schändlichen Verrat der Vertreterpartei, sich

dem Einfluß der gesamten Staatsapparates und dem Aufmarsch der Bürgerkriegsarmee entgegenstellte, diese rote Front des 8. Mai hat es ihnen angehen. Und jetzt muß um jeden Preis verdrückt werden, durch den Giftgasangriff die größere Arbeit, die durch den 8. Mai in den breiten Arbeiterebenen erreicht wurde, wieder zu zerstören, sich besonders gelegentlich des Plinistirefens des KPD. für die Sozialdemokratie gestellt werden, was zu retten ist, den Kommunisten abgerieben werden, was abzutreiben ist. Aber vergessliche Wölfe!

Wie traurig muß es um die SPD. bestellt sein, wenn die gesamte SPD.-Presse den sozialdemokratischen Arbeitern jetzt die Produkte der Renegatengruppen als Dokumente einer ersten und großen Opposition in der SPD. vorhält, den sozialdemokratischen Arbeitern, die auch erstochen und noch mehr vergesslichen haben, daß sie weniger Wölfe auf dem Felde der SPD. als die alle Renegatengruppen zusammen noch ganz 2 von 183 Arbeiter-Delegierten der revolutionären Partei aufzutrachten.

Seit den Tagen des „Dei a ma b e n t s e“ hätte die SPD. Abgenutzte die Erfahrung machen können, daß eine dumme und gegenwärtig sehr bei den deutschen Arbeitern nicht verfehlt. Die SPD.-Arbeiter werden zu zählen sein, die sich durch den neuen Giftstoffkessel die Augen verflüchten lassen. Sie werden durch ihn nur noch aufmerksamer gemacht. Sie werden die Erfahrungen von acht Jahren verächtlicher Koalitionspolitik gründlicher als bisher überdenken. Sie werden links und rechte Giftstiftler der Barmat-Partei, die nicht nur plötzlich eine ernsthafte Opposition, sondern auch Korruption in der SPD. „entdecken“, dafür politisch und moralisch entsprechend beurteilen, sie werden den gemeinsamen Kampf gegen die verbündete Schwarzarbeit, gegen die Schwarzarbeit, gegen die Schwarzarbeit, sie werden insbesondere am Massen-Kongress-Tag, Sonntag 1927, nach entscheidender zum Ausdruck bringen, ob sie mit der verräterischen, verbliebenen SPD.-Bureaucratie mit ihren Klassenagenten, die mit dem Aufmarsch der revolutionären Arbeiter des Reiches ihren Klassenzielen helfen dienen können.

Und ultimativen Arbeiter in unfernen Reihen werden sich vielleicht auch nicht trennen, was es bedeutet, wenn die Sozialdemokratie der SPD.-Gefühllos als Reaktion zum Angriff auf die Kommunistische Partei erscheint.

Feng im Vormarsch gegen die Nordarmee

(Sig. Drahm.) Wuhan, 16. Mai.

Die Stadt Wanzhou wurde von den Truppen Fengjianshans eingenommen. Diese rufen in Richtung der Eisenbahnlinie Wuhan-Feng sich nach vor, um sich mit den Truppen Fengjianshans zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Wulden-Truppen zu vereinigen. Bei Chongshou ist ein großes Geleise zu erwarten.

Die jüngsten Ereignisse in China

Moskau, 18. Mai.

Die „Pravda“ schreibt aus Anlaß der jüngsten Ereignisse in China folgendes:

Die revolutionäre Bewegung in China entwickelt sich weiter und schreitet fort ungeachtet aller Schwierigkeiten und nordbergehender Mißerfolge. Die Wüster der chinesischen Bourgeoisie von der Revolution wird durch das stürmische Anschwellen der Bauernbewegung, die sich in der Bildung einer Reihe von Organisationen wie der roten Piken, der Selbsthilfskomitees, der Bauernverbände auswirkt, reichlich vergrößert. Der Unmut der Bauern hat sich so weit verbreitet, daß die Bauernrevolution, die schon längst heranzieht, sich vorbereiten und zuweilen durchbrechen, neuen Antriebs geben. Die Bauern haben in den jüngsten Kämpfen eine außerordentliche Rolle gespielt. In den Tagen des Aufstandes haben die Bauern Selbstschutzwachen. Ganze Bezirke werden von den roten Piken beherrscht. Der Kampf gegen die Gutsbesitzer wird immer erbitterter.

Die unermessliche Arbeit der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaften, die ihre Tätigkeit in dem von Unruhe erregten besetzten Gebiete fortsetzen, sowie das Wachstum der proletarischen Kräfte tragen dazu bei, daß die chinesische Revolution gegen alle Hindernisse und Schwierigkeiten überwinden wird.

Optimistische Ansichten der Hanlauer Regierung

(Sig. Drahm.) London, 16. Mai.

Einem Vertreter der Reuters-Agentur erteilte der Außenminister Ligon der Hanlauer Regierung ein Interview, in dem er erklärte: „Nach bevor drei Monate ins Land gegangen sein werden, werden wir den Weg nach Feng erobert haben, wo wir im Namen des nationalchinesischen Staates einmarschieren werden, die Chinesen sind nicht ignorieren kann. England wird einen tiefen und dauernden Schaden erleiden, wenn es mit Fengjianshan flücht, der dieien Sommer nicht überleben wird.“

Revolutionäre Bauernbewegung

(Anprekor.) Shanghai, 12. Mai.

Die Partisanen-Bewegung der Bauern in der Provinz Awantung nimmt immer größeren Umfang an. Die Partisanen haben die Eisenbahnlinie auf halbem Wege zwischen Swatow und Chaochow durchdrungen. Auf die konterrevolutionären Agenten, die von den Behörden Dittschings auf das Land entsandt werden, wird mit Gewehren geschossen. Die Stadt Chonging, die 15 Kilometer von Swatow entfernt liegt, war einige Tage in den Händen der Partisanen.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei geschlossen

(Anprekor.) Sankta, 14. Mai.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas wurde nach vierzehntägiger Arbeit geschlossen. Zu allen behandelten Fragen wurden Resolutionen angenommen. Es wurde ein neues ZK. aus 31 Mitgliedern, darunter zwei Frauen, und 14 Ergänzlichen und eine Zentralkommission aus 7 Mitgliedern und 3 Ergänzlichen gewählt. Der Schluß des Kongresses sprach Genosse Kuo, der die von Parteitag geleistete ungeheure Arbeit hervorhob. Der Parteitag beschloß, Begrüßungsgramme an die Komintern, an die KPD. und an die KP. Großbritanniens zu entsenden.

Für die Hanlauer Regierung

(Anprekor.) Sankta, 14. Mai.

Die Generale Fengjianshans und Zhiuhsien richteten an das ZK. der Komintern ein Telegramm, worin sie die Sozialdemokratie brandmarkten und ihre Treue gegenüber der Hanlauer-Regierung betunden.

Kommunistischer Wahlerfolg in Brandenburg

(Sig. Drahm.) Brandenburg, 16. Mai.

Die gestern stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen brachten der Kommunistischen Partei einen Stimmengewinn von rund 50% gegenüber der letzten Wahlen des Provinzialparlamentes vom 22. November 1926. Das Resultat der gestrigen Stadtverordnetenwahl ist folgendes: (Die in Klammern stehenden Zahlen sind die Ergebnisse der Provinzialparlamentwahl vom 22. November 1926)

Kommunistische Partei	3594 (8006)
Sozialdemokratische Partei	16070 (13551)
Bürgerliche	10477 (11776)
Demokratische	2182 (1087)

Der Stimmengewinn der KPD ist prozentual bedingt größer als der der SPD.

Die Sozialdemokratie und der „Kampf“ gegen das Reichsschulgesetz

Von Fritz Kaufmann

Die Bürgerkriegsfrage scheint die Wächter zu haben, noch in der Diskussion ihrer Reichsschulgesetz-Entwürfe vorzuliegen. Sie sind mit seiner Fassung darüber hingebend, daß damit der Kampf um die Zukunft der deutschen Republik in sein kritisches Stadium tritt. Wenn der schwarzblaue Block — die Heiligen und die Ritter — es nunmehr wagen sollten, das heilige Götzenbild dieses Gesetzes anzuheben, so vor allem auch in Spekulation auf die durch die Sozialdemokratie gelähmten und verzerrten Wahlen. Am 29. April hat der „Vorwärts“ unter dem Titel „Kulturpolitische Kämpfe“ einen Artikel veröffentlicht, der beweist, daß das sozialdemokratische Zentralorgan aus dem Fiasco der Koalitionspolitik auch auf kulturpolitischen Gebieten nichts gelernt, aber alles vergessen hat. An dem Augenblick, wo es gilt, aus dem Zusammenbruch dieser Politik die Folgerungen zu ziehen, legt sich der „Vorwärts“ für die Weimarer Vereinbarungen des Jahres 1919, d. h. für das verhängnisvolle Weimarer Schulkompromiß ein. Ganz im Geiste des von dem Bürgerblock lobten aus dem Innenministerium vertriebenen Staatssekretärs Heinrich Schulz, der im Eintrags Übereinstimmung mit dem Zentrum die „Kulturverträge“ und die verhängnisvollen, auch verhängnisvollen und aufpädagogisch untragbare Verlegenheitsprodukte der Artikel 148 und 149 mit den Zentrumsführern Grober und Burjatz zusammenwarf, ging im Sinne dieses Fiascos der Schulpolitik beschwört der „Vorwärts“ das Zentrum, zur Erzielung seiner schönen Tage der Kulturpolitik bereit zu sein.

Das ist also in der Tat, was der Zentralorgan der großen „Kulturpartei“ am Vorabend der entscheidenden Schulkämpfe dem Proletariat zu bieten wagt! Nicht der Weimarer Kulturkoalition, die damals, 1919, für die „Vorwärts“ (Richard Kossman), als das Schulkompromiß zum Entschien selbst eines Konrad Händl und Wolfgang Heine geschlossen war, die die Bahn frei ließ und nun, auf dem Scheitern am Ende ihrer Bahn, weiß nicht, „Vorwärts“-Sohn nicht beherzt zu fragen, als „Zentrum, fehr jurid, es sei dir alles vergeben!“

Das Weimarer Kompromiß hat Weltfälschung und Einheitsfälschung des Schulwesens preisgegeben. Nicht das steht der „Vorwärts“ und die offizielle Sozialdemokratie. Sie haben nach dem parlamentarischen Krieg durch den Scheitern am Ende ihrer Bahn, weiß nicht, „Vorwärts“-Sohn nicht beherzt zu fragen, als „Zentrum, fehr jurid, es sei dir alles vergeben!“

Nur die Unfähigkeit der breiten Massen über diese Zusammenhänge ermächtigt den „Vorwärts“ dieses verzerrende Spiel. Wenn die Freireisende sich bisher noch kaum gerührt haben, wenn die Beschwärzungen nicht überhand nehmen, dann ist es nur aus dem Interesse der Sozialdemokratischen Funktionäre. Es muß aber daran erinnert werden, daß die Reichstagsung der Freireisenden Wahlen vorher einstimmig eine Entschließung angenommen hat, in der das Weimarer Kompromiß als keine geeignete Grundlage für ein Reichsschulgesetz bezeichnet und der Kampf gegen die Reichsschulgesetz als Kampf gegen die Reichsschulgesetz bezeichnet wird. Auch der Bund der freien Schulbesitzer hat sich gegen die Simultanschule ausgesprochen. Das die Massen trotz aller Abenteurerdienste zum Kampf bringen und mehr oder weniger klar zur Klärschulpolitik zurückzuführen, dafür ist der Sieg der Dispositionellen bei den Freireisenden in Berlin ein hartes Zeichen. Dafür zeugen nicht allem auch eine Reihe von Anträgen der Unterbesitzer zum Rielers Reichstag der Sozialdemokratie. Um nur eine Stimme hervorzuheben:

Der Reichstag verlangt Kampf dagegen, daß die Volksschule durch ein reaktionäres Reichsschulgesetz nach Konfessionen und Weltanschauungen zerfallen, an die Kirche angeschlossen und in geistlicher und pädagogischer Hinsicht radikalisiert werden.

Das aber muß jedes Schulgesetz auf dem Boden der Weimarer Reichstagsung tun.

Und ein Antrag Deppig zeigt die folgenden Sätze, die zeigen, was die sozialdemokratischen Massen von ihren sozialdemokratischen Führern mit Recht fürchten:

„Auch um der preußischen Koalition willen darf kein Verzicht an unjener kulturpolitischen Zwecken begangen werden.“

Die kommunistische Partei zeigt in diesem Augenblicke Rückwärtshaltung beim Verzicht der Sozialdemokratie auf die entscheidende Schlacht zu schlagen ist. Die 1919 verabschiedete Grundtrahen der Volkserziehung drängen geistlich an die Oberfläche und fordern Entscheidung. Die kommunistische Partei ruft in diesem Abwehrkampf gegen die Kulturreaktion zur Bildung einer breiten Front aller Hand- und Kopfarbeiter gegen den Anschlag der Kirche auf die Volkserziehung auf. Dabei kann es gegenüber dem Reichsschulgesetz nur die Forderung geben:

Weltfälschung des gesamten Schulwesens fälscht!
Kampf mit den Mitteln 148 und 149, Absatz 2 der Reichsverfassung!
Kein Reichs- oder Landesverbot!
Annullierung des bayerischen Konfessionsbuchs durch das Reich!
Kampf mit jeder Art geistlicher Schamhaftigkeit!
Trennung von Kirche und Staat, Kirche und Schule!
Weltfälschung des gesamten Schulwesens!

Getreideimportzölle und Zollwucherpolitik vor dem Reichstag

In der Reichstagsung vom Sonnabend greift bei Behandlung des deutsch-bulgarischen Handelsvertrages der Sozialdemokrat Reichheld das bulgarische Handels-Schutzgesetz an und gibt eine Darstellung seiner eigenen Meinung, Durchsicht und Ausweisung aus diesem Bande des weißen Terzors. Der Vertrag wird ein Gesetz beraten, wonach sich zum Einleiten der neuen Zölle, also bis zum 1. Juli 1927, Einfuhrzölle für Getreide nicht mehr erhebt werden sollen.

Nur der kommunistische Redner, Genosse Böhmle, nimmt grundsätzlich und wirksamstoll zu der räuberischen Zollpolitik gegenüber der Großagrarsituation Stellung und erklärt, nicht durch Schanzölle könne der Handelskrieg gehoben werden. Schanzölle dagegen fügen immer zur Erhaltung des Inlandsmarktes, zur Auspothierung der wertvollsten Bauerngüter.

Die Sowjetregierung läßt sich nicht provozieren

(Eig. Drahtm.) Berlin, 16. Mai. Telegramme, die die bürgerliche Presse aus Moskau erhalten haben, mit, melden, daß die russische Note an die britische Regierung in der Arco-Angelegenheit bereits fertiggestellt sein soll und heute oder morgen der britischen Regierung oder ihrem Vertreter überreicht werden. Nach diesen Telegrammen soll die Note feststellen, daß die britische Regierung auch dem letzten Moment noch weiterhin eine feindliche Politik gegen die Sowjetunion geführt hat, während die Sowjetregierung sich die größte Mühe für Verbesserung der englisch-russischen Beziehungen gegeben hat. Die Sowjetunion sei gewillt, alle Maßnahmen zum Schutze vor den Anträgen der englischen Diplomatie zu ergreifen. Trotz des ungebührlichen Vorgehens der britischen Regierung könne sich die Sowjetregierung zu einer Kündigung des russisch-englischen Handelsabkommens im Interesse der Beziehungen der beiden Völker nicht entschließen.

Zertelefakter Bruch der Immunität

(Eig. Drahtm.) London, 15. Mai. Die Prüfung der im Arco-Gebäude gefundenen Dokumente wurde gestern den ganzen Tag fortgesetzt. Mehrere verborgene Fächer sind noch nicht durchsucht, ihr Inhalt wird besonders erloscht werden. Nach Witterungsmeldungen machen die Detektive im Grund ihrer Entdeckungen im Arco-Gebäude Besuche in verschiedenen Londoner Stadtteilen. Der Minister der Äußeren Angelegenheiten hat sich darüber, daß die Durchsicht durch ihre Ergebnisse völlig gerechtfertigt sei. In die Sicherheitskräfte wurde auch ein großer Betrag der Noten der Bank von England geleistet; sie werden auf ihre Echtheit geprüft. (1)

Protokolle der Wirtschaftsstelle

(Eig. Drahtm.) Moskau, 15. Mai. In einer Protokollverlesung vor dem Handelskommissariat erklärte Nikolaj die Durchsicht der exterritorialen Räume der Sowjetbotschaft in London für eine direkte Verletzung des Handelsabkommens mit England und anderer elementarer Regeln des Völkerrechts. Er behauptete seine Gewähr, daß die englische Geheimpolizei nicht Dokumente finden würde, die in Wirklichkeit nicht vorhanden waren. Die englische Regierung betrete einen Weg zur

Die Abstimmungen werden bis Montag, den 16. Mai 1927, verschoben.

Ein kommunistischer Antrag, am Montag die Frage der Fortsetzung auf die Tagesordnung zu setzen, wird mit 101 gegen 97 Stimmen abgelehnt. Nachdem die SPD. in mehreren Sitzungen gegen den gleichlautenden Antrag der Kommunisten getimmt hatte im Gegensatz zu den Demokraten, zum in der Sonnabend-Sitzung die Sozialdemokratie unter dem Druck von außen eine zustimmende Haltung ein.

Die nächste Sitzung findet Montag, den 16. Mai, nachmittags 3 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen die Verlängerung des Republikanengesetzes, die Abstimmungen über das Kulturparteiengesetz und die kommunistischen Anträge zur Kulturpolitik.

Ein der Sozialdemokratie des Kulturparteiengesetz beifolgend hat nur Kommunisten und Sozialdemokraten der Bürgerblock ist kaum vertreten.

Genosse Meyer kennzeichnet für die kommunistische Partei das Kulturparteiengesetz als ein Volksverleumdung.

Für die kommunistische Partei tritt nach Genosse Biertratz sofort die kanonischen mittelalterlichen Strafbestimmungen.

Mein Name ist Holt und ich weiß von nichts...

Das Reichsamt hat Sonntag ein Communiqué veröffentlicht, in dem die Mitwirkung der Regierung an den Maßnahmen, die zum Abschneiden der Wölfe geführt haben, in Abrede gestellt wird. Inzwischen ist ein befristeter Streit entbrannt über die Verantwortung am Vortage. Der Reichsamtpräsident Schacht sieht alle Schuld auf die Großbanken, die Großbanken auf Schacht. Die Bankenverwaltung protestiert gegen die Ziffern, daß sie nicht in einer Sprache, die klar zeigt, daß auch die noblen und würdigen bürgerlichen Zeitungen gar nicht zurückzuführen, eine geradezu „sozialdemokratische Heißsprache“ zu führen, wenn es um den Streit geht.

Man spricht von einem ernsten Konflikt zwischen der Bankwelt und Schacht, ja sogar von einer „Vertrauenskrise“. Wir haben diese propagandistischen Redensarten der Presse nicht allzu ernst zu nehmen. Die großen Bank-Könige haben gewagt, daß sie nicht lächeln, wenn der Reichsamtpräsident die Diskontinuität löst. Die Bankwelt haben sich inzwischen — um die eigene Sprache der Börsenzeitungen zu gebrauchen — „erholt“. Eine Reihe von Aktien haben ihre Kursverluste schon wieder ausgeglichen. Dies ist ein Beweis dafür, daß der Vorkriegstand in der Tat nur ein künstliches Abbild war, und daß der kurze Kurs der Börsenaktien der tatsächlichen Konjunktur in den meisten Industriezweigen entspricht.

Ein Argument, das in England verstanden wird

(Eig. Drahtm.) Moskau, 15. Mai. Die „Amstel“ veröffentlicht eine Reihe von Entschuldigungen, in denen die Sowjetregierung zum erstenmal Protest gegen den Überfall auf die Londoner Handelsvertretung aufgeführt wird. Wenn die englische Regierung nicht hinzureichende Genugtuung gebe, so wird die Beilegung der russischen Handelsoperationen in andere Länder angesetzt, die für eine normale Entwidlung der internationalen Handelsbeziehungen die nötige Gewähr bieten können.

Der Rat des Industries- und Handelskongresses der Sowjetunion beschließt in einer außerordentlichen Sitzung, das Handelskommissariat zu erziehen, die Lizenzen für Bestellungen im Werte von Tausenden von Millionen Pfund Sterling, die nach England verschickt werden sollten, auf andere Länder zu übertragen.

Die Suche nach Dokumenten — ein plummes Betrugsmanöver

(Eig. Drahtm.) London, 15. Mai. Die „Sunday Times“ berichtet, soll bereits reichliches Beweismaterial bei den Durchsuchungen im Hause der Arco gefunden sein, durch das das Vorgehen der Polizei gerechtfertigt erweise. Der eigentliche Zweck der Untersuchung ist jedoch nicht erreicht. Das gefundene Staatsdokument ist ein Dokument des Reichsamt sein, das sich in einem verriegelten Briefumschlag befunden habe.

Der Schwindel bei den Staatsdokumenten erlöhnt

(Eig. Drahtm.) London, 16. Mai. Der kellerbetretende Vorstehende der russischen Handelsdelegation verliert in einer Erklärung an die Presse, daß sich niemals ein britisches Staatsdokument innerhalb des Sowjetgebäudes befunden habe.

Abenteuer in Florenz

Roman von Lawrence S. Desberry Agis-Verlag, Wien — Berlin 1926

Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Germania zur Wästen

Als sie in London den Zug verließen, eilte eine hübsche junge Frau auf sie zu; Tommaso kannte ihr Gesicht gar; hand, doch ihr Bild nicht auf dem Schreibtisch des Reporters. Er wachte, daß ihr Gesicht Frau Winifred Cregan vor Jahren einen großen Dienst erzeigend hatte, indem er die Anstalten des Monats beschäftigten hatten bewies. Die Cregans waren während der letzten zwei Jahre im Ausland gewesen, so daß Tommaso sie nicht persönlich kennen gelernt hatte. Er schaute Frau Cregan überblickt an; weshalb hat O'Keefe sie auf den Bahnhof geföhrt? Ding dies etwa mit seinem Plan zusammen.

„Nache mit dem Genosse, Tommaso“, hat der Reporter, „und telefonierte die Redaktion an. Ich komme gegen drei Uhr hin.“ Damit nahm er Frau Cregans Arm und ließ den erstaunten Tommaso stehen.

„Ich erhielt Ihr Telegramm gerade rechtzeitig, Brian“, sagte Frau Winifred Cregan. Fuhr sofort mit dem Auto nach London. Was ist?

„No können wir ungehört sprechen, Winifred?“ „In der kleinen Leuchte dort drüben. Ich habe eben dort geschlafen; sie ist ganz leer.“

„Gut.“ Die beiden überstiegen die Straße und verließen sich in die Treppe. Sie waren tatsächlich in die einzige Gasse. Sie setzten sich in eine kleine Nische. Nachdem das Mädchen O'Keefe ein Frühstück gebracht hatte, deutete er sich vor und fragte mit gebämpfter Stimme:

„Wollen Sie mit einen großen Dienst erweisen, Winifred?“ „Ich willst doch, Brian, daß ich für Sie alles tun würde. Alan und ich schulden Ihnen so viel Dank; ohne Sie und Ihre Hilfe...“ „Gut, gut“, meinte der Reporter ab; fragte dann unvermittelt: „Wo Alan noch immer in Russland?“

„Und Sie leben ganz in Ihrem kleinen Sandhaus in der Nähe von...“ „Die Landwirt nur dem Boby gut.“ „Reporter unterbrach sie mit der unvermittelten Frage: „Ist in Ihrer Nähe viel gebaut worden? Haben Sie Kaufmann?“

Winifred Cregan blüht ihn erstaunt an. „Nein, das Haus steht auch heute noch ganz abwärts in dem großen Garten. Weshalb?“

„O'Keefe nicht befriedigt.“ „Gut. Hören Sie mich an, Winifred. Sind Sie bereit, auf kurze Zeit einen Galt der hundert Pfunden, und zwar so, daß außer Ihnen und einem zweiten Menschen, den ich zu Ihnen senden werde, niemand mit ihm in Verbindung tritt? Den Hausangehörigen werden Sie mitteilen, per Fremde sei ein weißläufiger Verwandter, der sich nach einem Verzeugsamendruck auf dem Bande erholen will.“

Die junge Frau machte ein erstauntes Gesicht. „Ja, Brian, ich verachte nur nicht recht.“

„Sie sollen auch nichts verdienen. Dürfen nicht wissen, um wen es sich handelt. Es könnte der Fall eintreten, daß Sie unter Eid auszusagen müßten, Sie wüßten nicht, wer der Mann sei.“

„Selbstverständlich bin ich bereit, es zu tun.“ „Ich muß Ihnen aber offen sagen, daß Sie sich dabei einer Gesetzesverletzung schuldig machen“, warnte sie O'Keefe.

„Winifred Cregan lächelte. „Wenn es sonst nichts ist! Die Geleise unterer kapitalistischen Welt sind nicht zu verzerrenwürdig.“ „Gut. Halten Sie ein Zimmer bereit, das abgelegen im ganzen Haus, denn der „Galt“ dürfte sich etwas lärmend benehmen.“

„Ich laßte sofort heim.“ „Dante, Winifred. Sie leisten nicht nur, sondern auch einer anderen Frau, die aller Hilfe würdig ist, dadurch einen großen Dienst.“

„Werben Sie selbst den „Galt“ bringen, Brian?“ „Das weiß ich noch nicht. Falls sein „Wife“ einen etwas unheimlichen Eindruck machen sollte, so erklären Sie nicht, er ist ein famolier Kerl, auf den man sich unbedingt verlassen kann.“

„Hör er Krankenpfleger zum Beruf?“ „Nein, Eindrucks.“ Die junge Frau war etwas betroffen. O'Keefe lächelte.

„Bei Ihnen wird er nichts mitnehmen, Winifred. Weshalb sind Sie so erstaunt? Glauben Sie mir, mein Freund, der Eindrucks der nur der Reichen etwas von ihrem Ansehen nimmt, ist ein weit ansehnlicherer Mensch, als solche Unternehmern, die ihre Arbeiter ausbeuten.“

„Das glaube ich gerne; jetzt, seitdem mich Alan dazu bewegen hat, die Arbeit den Arbeitern als kooperatives Unternehmen zu überlassen, fühle ich mich auch nicht mehr getroffen, wenn Sie so reden.“

Der Reporter erhob sich. „Ich muß jetzt fort, habe noch viel zu erledigen. Wenn alles gut geht, können Sie bereits in wenigen Tagen Ihren „Galt“ erwarten.“ „Gut. Sie sollen mit mir zufrieden sein, Brian.“

gut geht, können Sie bereits in wenigen Tagen Ihren „Galt“ erwarten.“

„Gut. Sie sollen mit mir zufrieden sein, Brian.“

O'Keefe hatte nicht übertrieben, es erfuhr, daß er viel zu erledigen habe. Er verbrachte einen großen Teil des Abends in seiner Redaktion. Der Chefredakteur, der für seinen besten Reporter ein Gemisch von Bewunderung und Mißbilligung empfand, wurde immer milder, während er O'Keefes Worten lauschte und in seinen Aufzeichnungen diktierte. Er war zwar von Anfang an gegen das tolle Abenteuer gewarnt, hatte die höchsten Lohnpropheten alles gesagt, um O'Keefes Florenz der Stelle zu verhindern; nun jedoch frisch er sich befriedigt den kleinen Schmutzbrat und brummte:

„Sehen Sie, O'Keefe, ich sagte ja immer, daß Sie aus Italien für uns reichliche Beute mitbringen würden.“

Der Reporter verstand ein Räseln; er kannte die Schwäche seines Chefs; jede Rede, die ein anderer vorbrachte, wurde, falls sie einen großen Reiz hatte, von ihm für sich selbst beansprucht. Ding die Sache jedoch schickte aus, so hoch es. Natürlich, das war wieder mal eine ihrer verzerrten Ideen. Ich sagte ja gleich, daß da nichts Gutes herauskäme.“

„Um eines mich ich Sie bitten“, sprach O'Keefe. „Warten Sie noch drei Tage, ehe Sie meine Entschuldigungen bringen.“

Der Reporter lächelte dann aber sagte er, ernst werdend: „Sagen Sie selbst, Brian, ist von meinen sogenannten tollen Plänen je einer ideig geworden? Sind Sie nicht alle letzten Endes von Erfolg gekrönt worden? Erinnern Sie sich nicht an Cregans Fall und den geheimnisvollen blauen Strahl. Auch damals.“

„Sie haben ein unbedeutendes Glück, O'Keefe. Der Chefredakteur (schwarz) resigniert.“ „Gut, ich sehe, daß ich nachgeben muß; werde Sie Tage warten, aber auch nicht eine Stunde länger.“

„Dank, Brian. Dafür wird der „Stern der Freiheit“ in Hunderttausenden von Exemplaren abgesetzt werden.“ (Korff. Jolly.)

Theater und Konzerte

Beethoven-Hundertjahrfeier der Stadt Halle
„Fidelio“ mit Ed. Lehmann, Bindernagel

Diese Aufführung war ein höchstes Gelingen. Das muß un-
gekürzt gesagt werden. Es war sicherlich der Höhepunkt der
frühesten Beethoven-Dirigierung; dies ist zweifellos, wenn auch heute
noch die „Reinhold“ folgen soll, die inhaltlich und musikalisch doch
eigentlich in der Schwärze des „Fidelio“ vorweggenommen war.
Diese einzige Oper Beethovens war des Meisters Beruf. Man
weiß, wie lange Jahre er es innerlich vorbereitete, man kennt die
Enttäuschung nach der Ablehnung dieses gemalten Barock durch
das als italienische Bühnenstück eingestufte Wiener Publikum, seine
Freunde haben übersehen, was ihm diese Freiheitsschönheit, dieses
Fidelio als das bedeutsamste Werk, wohl ein Dutzend Jahre nach
beschäftigte, nachdem es in ganz kurzer Zeit seine erste Gestalt be-
kommen, mit all dem herrlichen, genialen, in der Tiefe wühlenden
und in die Höhe reichenden Gelangstücken. Die ragenden
„Nummern“ wären Gefahr, wenn sie nicht organisch aus dem
sicheren Fluße einer herrlichen Handlung und musikalischen Gehalts-
tuna herausgängen, natürliche Höhepunkte voll Gemut bilden.

Und was man, Großes, Dabinsührendes, erarbeitend, in der Jugend-
zeit gewirkt, wobei die leidenschaftliche Liebeshese am
Anfang einsetzt, erweitert sich bei näherer und reiferer Betrachtung
und beim Geschehen einer so vollendeten Ausführung wie des
hallischen Festspiels, als der Gegenpart, auf dem sich das Ge-
drückte des Schicksals positiver Gelangener und das Ver-
hüllte, Mitleidensvoll aussehende ihrer Verurteilung erst zu voller
Wirkung auf unser Gemüt feigen kann.

Und vornehmlich Zusammenwirkens aller Beteiligten war die
Aufführung eine vollkommen Einheit. Praktisch das Musikalische,
alles von edelstem Ton, leicht beschwingt, Tempo — obwar wir der
Meinung sein möchten, daß manches mehr heroismus verlangt, als
die Herren Band und Koesler zuließen, was an der Einteilung
unseres Generalmusikdirektors nach der Zeit hin liegt. Des Ein-
drucks konnte man sich z. B. beim Pizarro Szenarium nicht erwehren,
der nicht das Dämonische, Brutale des Ritterschicksals hatte, das
sonst ihm eigen gewesen. Möglich auch, daß der Sänger schwächer
wird oder seinen guten Tag hatte? Aber im leichten, gehaltenen
Rhythmus der Interpretation durch Band, Ed., Lehmann und
die Bindernagel war diese Art durchaus. Diese drei Gänge ent-
falteten ihre dramatische, reiche Gesangsleistung warm ergreifend,
oft ins Lebensnähe reichend (Berliner-Ärte Klavier), jedes der
großen Gelangstücke mit feinsten Ausarbeitung zur höchsten Wir-

kung fähig, doch immer auf den Zusammenhang bedacht. So
gelob das Große, Festliche, Erhebende, das ergriß und das Be-
fallsstürme entsetzte. Neben den großen Gängen behauptete sich
erfolgreich die Streifen (entwähnd im Spiel und fein im Gehör)
als Marcelline, ferner Kathammer als Luquinia. Die Chöre waren
gelänglich auf der Höhe und auch die Bewegung wurde den in-
neren Stimmungen gerecht, die sie wecken sollen. So erfüllt der
Gefangenenchor, als die gemeinsame Not vom Druck politischer Ge-
fangenschaft. Man empfand dies im Gedächtnis an die vielen Ar-
beiter, die heute noch hinter Gittern schmachten, weil sie „Wahrheit
wagten kühn zu sagen“. Empfang das Bürgerium nicht diese eigene
Schande? Wir fürchten: nein.

Ein höchstes Lob endlich unserem Orchester, das die edlen Schöne
dieser herrlichen Musik so wunderbar zum Gelingen brachte, und
die bewegte große Renonren-Quartette, die hoch und doch am sa-
chlichen Blaise stand.

Walhalla-Theater. Auf die heute stattfindende Abschiedsvorstellung des Hiesigen
„Bauer“ wird nochmals hingewiesen. Wegen, diesem, beginnt ein neues Gelingen
der großen Volkstheater-Vorstellung „Die Welt hat Kopf“. Gedächtnisfeier.
Schaubühne bei Beginn.

Schaubühne. Heute Vorstellungen der Beethoven-Oper: Heute, Montags, am Abend
8 Uhr IX. Sinfonie; Dienstag 7½ Uhr „Egmont“ mit Paul Hartmann vom Wieser
Burgtheater in der Zwickel.

Stadt-Theater
Montags 8 Uhr
IX. Sinfonie
Dienstag, 7½ Uhr
Egmont

Billiger Seelischtag
1271 Dienstag in der

Nordsee

WALHALLA
Zel. 28385, Hof. 8 Uhr:
Schaubühnen-Vorstellung
„Der libelle Bauer“
Operette in 3 Akten
Musik von Leo Fall 1270
Morgens, Dienstag 8 Uhr: Premiere
Die große
Schaubühnen-Vorstellung
in 22 Bildern
„Die Welt steht Kopf“
in drei Akten
Musik von Leo Fall 1270
Morgens, Dienstag 8 Uhr: Premiere

Gr. Ulrich. und am Kellert
Wir sind nicht nur billig, son-
dern liefern auch erstklassige
Ware daher unter Kleinem
2 Stückweises mit 12312 Pfund
Kabeljau ohne Kopf. Pfd. 19
Seelachs ohne Kopf. Pfd. 19
Schmerl klein m. Kopf Pfd. 28
Schmerl ohne Kopf. Pfd. 28
Kardonaden trockener Pfd. 30
Wie andere Seefische ebenfalls billig
Täglich frische Käsewaren
Von besonders guter Qualität
Schottenheringe
Stück 8 10 und 12,5
10 Stück 75 95 125,5


Empfehlenswerte Literatur
der
Verlags-Zentralbuchhandlung
Salle a. S., Verdenstraße 14
und deren ausverkauften Filialen

Neue Bücher für den Arbeiter:
Marxistische Bibliothek Band 3 und 9 neu!
Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Aus-
gang der klassischen Philosophie Mf. 2.30
A. Schuchard: Der Imperialismus und die Akku-
mulation des Kapitals Mf. 3.—
Enderle: Kampf um den Achtundbentag Mf. 0.10
Thälmann: Für die proletarische Einheitsfront Mf. 0.20
Das Arbeitsgerichtsgesetz Mf. 0.30
Gladrow: Zement (Vorzugspreis) Mf. 5.—
Lamrence S. Desberris: Abenteuer in Florenz Mf. 2.80
Hände weg von China! Agitationspiel „Roter
Kummel“ Nr. 7 Mf. 0.30
**Kaufkarten, Generalaufkarten,
Wandkarten und Aufkarten**
für Reise und Wanderung immer vorrätig!

Gaslehr- u. Kochvortrag!

Den verehrten Hausfrauen und sonstigen Interessenten von
Koisch
geben wir zur Kenntnis, daß am Freitag, dem
20. Mai 1927, abends 8 Uhr, im Galtschhof „Zur
Glocke“ ein Vortrag über
Die Verwendung des Gases in Haushalt, Küche u. Gewerbe
verbunden mit **großen Schaulosen** stattfindet
Wir bieten hiermit allen Interessenten die günstige
Gelegenheit, etwas neues über das Kochen, Waschen,
Baden, Plätten, Heizen, Leuchten usw. mit Gas kennen
zulernen
Vortrage: Ingenieur Bruns u. Frau aus Wittenberg
Vorstellung von neuesten Gasofen, Frats, und Bad-
geräten, sowie Bades- und Warmwasserapparate usw.
für Gas im Saale Mf. 2.50

Leist den Klassenkampf

Kammerlichtspiele Merseburg
Ab Montag das große Doppelprogramm
Die einzige Frau
mit Norma Talmadge in der Hauptrolle
Ein junges schönes Mädchen opfert sich, um den
geliebten Vater vor Schande zu retten. *1491
Ferner auf vielseitigen Wunsch:
Charles Chaplin in Goldbraut
Die Kritik schreibt: Dieser Film ist eines der größten künstlerischen
Erfolge der letzten Jahre. Bis in die letzte humoristische Einzel-
heit ist dieser Film durchgearbeitet und vollendet
Dazu die neueste Del-Wochenplan
Wochenpläne haben von Montag bis Donnerstag für 35 Pf., Freitag
Sonntag 1/2 und 1/4 Uhr Montag 1/2 und 2/4 Uhr

**Kleine
Anzeigen**
haben im Kleinraum
**Große
Wirkung!**

Bekanntmachungen

Essentielle Steuerermahnung
Die Zahlung der städtischen Grundbesitz- und Haussteuer für die
Monate April und Mai 1927 hat binnen acht Tagen zu erfolgen.
Die Gewerbesteuer für die Monate April, Mai, Juni 1927 und die Ge-
werbesteuer für die Monate April, Mai 1927 sind nach den festgelegten
Steueransätzen ebenfalls innerhalb acht Tagen, und zwar bis zum 24. Mai
an die hiesige Ortsverwalterei zu entrichten.
Nach Ablauf dieser Frist erfolgt Zwangsbeitreibung. *1400
Besondere Mahnungen werden nicht begehrt. Der Gemeindevorstand.
9. 5. 27, den 14. Mai 1927.
Die im Landkreise Jena bestehenden örtlichen Hausbesitzer- und Mietervereine
werden hiermit aufgefordert, Beschließungen für die Wahl der Vertreter zum Wirt-
schaftsausschuss des Landkreises Jena bis zum 11. August 1927 bei mir einzureichen.
In Aussicht genommen ist die Bildung von vier Kreisvereinen und vier Wirt-
schaftsausschüssen und vier Vertreter-Wahlvereinen und vier Mieter-Wahl-
vereinen. Die Amtszeit erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Januar 1928 bis
31. Dezember 1928.
Bei den Vorwahlen ist § 4 der Verordnung vom 26. September 1925 (Preussische
Gesetzgebung S. 400) in Verbindung mit § 3 der Verordnung vom 13. August 1925
(Preussische Gesetzgebung S. 400) zu berücksichtigen. *1450
3. 5. 27, den 12. Mai 1927. Der Kreisverwalter.

Zu geheimerem Besuch ladet ein
Gasverjorgung Industriebezirk Wittenfeld GmbH.
Tel. 2078 Städtisches Gaswert Tel. 2078

Volkspart
Morgen, Dienstag, abends 8 Uhr
3. Sommer-Konzert
(Opern-Abend)
Leitung: Kapellmeister Schütz, Leipzig
Eintritt 50 Pfennig, 1927

Zeitungsträger
für Nähtigkeit gesucht. Meldungen
finden an den Gesellen Albert
Göbel, Konsumverein, zu richten
Dankjagung
Für die unermüdete vielen Bemühe
der Teilnahme und des Mitgeföhls, bei
der Liebe und Freundlichkeit, die uns beim
Tode unseres unergötlichen, begehrteten
Sohnes und Bruders gütlich geworden sind,
können wir nur auf diesem Wege unsere
tiefgefühlten Dank ausdrücken
Geden, den 16. Mai 1927
Im Namen der Hinterbliebenen:
Wilhelm Herrmann
nebst Kindern und Verwandten

**Inserenten! Fordert Offerten über
Druckmaschinen ein.**

Wittenberg-Biekeritz

Es hat sich schon in Wittenberg herumgesehen,
daß Sie Oberleitung für Frauen und
Ladische bei mir gut und billig kaufen
Auch Sie müssen sich bezogen über-
sparen viel Geld!
Spezial-Damen-Moden, Wittenberg
Kollagenstraße 61
Das fährrende Haus für fertige Damen-Schleibung

Fahrräder
Nähmaschinen
Kinderwagen
Sprechapparate
Stühlen für alle Krankentassen
empfehle billig
L. Spielhagen Nachf.
Wittenberg

Jeden Freitag gibt: Frische Wurst,
Schinken, frische Beizwurst,
Schweinefleisch
Commotten: Gölze und Würstchen
Fr. Beder
Wittenberg, Sternstraße 21

Spezial-Geläch für
Herren- u. Knaben-Garbenoben
Jawie Arbeitskleidung
J. Israel, Wittenberg
6 Collegienstraße 6

Wichtige Bezugswerte für sämtliche
Wäsche
**L. Kammgarn-
und Futterstoffe**
Woll- u. Baumwollwarenhaus
Wittenberg, Coswiger Str. 5

Karl Bräse
Fleischerei und Wurstfabrik
Wittenberg
Kollagenstraße 43
Alle Sorten Fleisch-
und Wurstwaren
in bester Qualität

Sämereien
Seilerwaren
Tabakwaren
Konfitüren
Kurt Traub
Wittenberg
Coswiger Straße Nr. 9

Die geschmackvollen, billigen
TAPETEN
von
Wittenberger Tapetenhaus
Zarthenstraße 12
Linsengasse
Wachstuche

Ihre sämtlichen
Lebensmittel
sowie
Schokoladen ufm.
kaufen Sie am besten bei
Thams & Garfs
Wittenberg
Mittelstraße 12

Herren- und
Knab.-Modenhäus
von
Richard Hirschfeldt
Wittenberg
Collegienstr. 22 und Mittelstr. 58
Geegründet 1901

Franz Romig & Söhne
Biekeritz, Bez. Halle
liefern
Fahrräder
gegen Teilzahlung
zu vorteilhaftigen Preisen

Kleiderstoffe, Baumwollwaren
Leib- und Bettwäsche, Berufs-
kleidung, Kurz- und Wollewaren
kaufen Sie immer
am besten bei
Erich Rosenhagen
Manufaktur- und Modewaren
Biekeritz

C. Kunz Nachf.
Herrn. Müller & Sohn
Biekeritz
Wesentliche Bezugswerte für sämtliche
Manufaktur-, Kurz-, Weiß-
und Wollewaren
Größe
Auswahl!

Schützenhaus Kl. Wittenberg
Kollagen- und Ball-Säle
Bredelplatz der Gewerkschaften und
Arbeiterportiererei
Schöner, schattiger Garten-Außenhalt
Im regen Besuch erucht: A. Hopsig

Fleisch- u. Wurstwaren
in bester Qualität
Robert Wittig, Fleischermstr.
Wittenberg, Post-Verkehr-Strasse 1
Zwischengasse 1
Kl. Wittenberg, Coswiger Straße 6

Wiener Modenhäus
R. Denger, Wittenberg
Grenzstr. 55
Kleider, Kostüme, Mäntel,
Hosen, Reifstöße
Moh-Unterwärm

Parole: Wir kaufen nur bei unseren Inserenten!

Gewerkschaftsanträge zum SPD.-Parteitag

Die SPD. und ihre Presse, wie auch die gesamte sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie erklären stets, daß die politische Vertretung der freien Gewerkschaften nur die Sozialdemokratische Partei wäre, während die Kommunistische Partei gewerkschaftsfeindlich sei. Daß die SPD. aber in Wirklichkeit nur die Partei der Gewerkschaftsbürokratie ist und die Interessen der Masse der gewerkschaftsmitglieder seit Jahr und Tag mit Füßen tritt, ist von uns schon immer feststellbar und bei allen Fragen, wo es um die elementarsten Arbeiterinteressen ging, nachgewiesen worden. Zu diesem Kapitel bieten nun die Anträge, die von der SPD.-Mitgliedschaft zum bevorstehenden SPD.-Parteitag gestellt sind, einen sehr interessanten Aufschluß. Der von der „gewerkschaftsfeindlichen“ SPD. stets erhabene und durch einseitige Beschneidung festgelegte Grundsatz, daß jedes Parteimitglied als gleichberechtigtes Mitglied einer freien Gewerkschaft sein muß, muß in der SPD. „Gewerkschaftspartei“ erst noch erkämpft werden.

Auffallend viele Anträge aus den verschiedenen sozialdemokratischen Krisenereignissen fordern, daß alle SPD.-Mitglieder, soweit sie Lohn- und Gehaltsempfänger sind, freigewerkschaftlich organisiert sein müssen.

Ein Antrag von Hamburg verlangt: „Der Parteitag in Kiel beschließt Richtlinien über die Zugehörigkeit der Parteimitglieder zu einer freien Gewerkschaft.“

In einem weiteren Antrag wird verlangt: „Jedes Mitglied der SPD., welches als Lohn- oder Gehaltsempfänger arbeitet, muß einer freien Gewerkschaft angehören.“

Ein Chemiker-Entwurf fordert: „Alle in der Partei organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten sind freigewerkschaftlich zu organisieren.“

Wichtige Anträge liegen noch mehrere Tausend vor. Das beweist, daß es in der SPD. viele Tausende von Parteimitgliedern geben muß, die nicht den freien Gewerkschaften angehören, daß also die SPD. bisher ohne weiteres nicht gewerkschaftlich organisierte Mitglieder in ihren Reihen duldet. Sie hat sich zu dem für eine sozialistische Partei selbstverständlichen Grundsatze: „Alle Parteimitglieder müssen freigewerkschaftlich organisiert sein, bis auf die in Ausnahmefällen. Es ist auch noch sehr fraglich, ob der diesjährige SPD.-Parteitag die durch die Anträge geforderte Zwangs-

Beamten unbedenkliche Zweigorganisation, während andererseits der DGB. sich zu erhalte und heute wieder die maßgebende Organisation der Beamten ist. Bei dieser Einstellung schließen sich Tausende von sozialdemokratischen Beamten, aus dem DGB. aus und in den VDB. einzu treten, weil sie mit Recht befürchten, dadurch den Einfluß und die Verbindung mit Berufskollegen zu verlieren. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die sozialdemokratische Beamtenchaft zu einem Teil dem VDB. und zum anderen Teil noch im DGB. organisiert ist. Es sind sogar noch zahlreiche Sozialdemokraten an führenden Stellen in den einzelnen DGB.-Organisationen. Sie weigern sich ganz kategorisch, in den VDB. überzutreten, weil er eine einfache Organisation wäre und sie durch ihren Austritt aus dem DGB. den Gros der Beamtenchaft ganz den Einflüssen der deutschen nationalen Führer überließe müßten.

Aus dieser total verfahrenen Situation heraus find die zahlreichen Anträge zum SPD.-Parteitag entstanden. Der SPD.-Parteitag ist hier in einer wenig beneidenswerten Lage. Er wird, ob er die Anträge ablehnt oder annimmt, immer viele Tausende von Beamten vor den Kopf stoßen. Die SPD. hat sich selbst in die Lage versetzt und die gesamte Beamtenchaft in katastrophale Lage gebracht. Es ist die Folge des Verrates von 1922, die Folge der hanseatischen Politik der Sozialdemokratie.

Die gesamten Gewerkschaftsanträge zum SPD.-Parteitag und außerdem die Frage der Beamtenorganisationen zeigen mit aller Deutlichkeit, wie wenig die SPD. das Recht hat, sich eine Gewerkschaftspartei zu nennen. Die SPD. muß im Gegenteil eine Partei der Gewerkschaftsorganisation bezeichnet werden. Die Anträge beweisen aber umgekehrt die Richtigkeit der Gewerkschaftspolitik der KPD. Sie beweisen aller Demagogie der reformistischen Führer zum Trotz, daß die Kommunistische Partei die einzige und wirkliche Gewerkschaftspartei ist.

Organisiert Euch zum Kampf um höheren Lohn und Achtstundentag!

Die Leitung des Deutschen Werkverbundes, Halle, schreibt:

Der Deutsche Werkverband, Verwaltungsstelle, Halle a. d. S. und Umgebung, hat am 20. März im Volksheim in Hofes Gasse Reichstagesgeneralsversammlung ab. Der Reichsgericht über das 1. Quartal gab der Vermögensgröße des Sch. a. u. b. g. Er konnte feststellen, daß es in der Reichstagesversammlung, für fast alle Gruppen von Mitgliedern Tarif- und Lohnbewegungen zu einem immerhin günstigen (?) Resultat zu führen. Nach laute Beifall wurden ihnen diese Entlohnungen und ist auch hier zu hoffen, daß dies ebenfalls mit einem günstigen Resultat abschließen. Freilich ist das Ertragnis nicht das, was in Anbetracht der traurigen Lebensweise der Arbeiter, Angestellten und Beamtenhaft nötig ist. Durch allgemeine weitere Stärkung der Organisation müßte das Aushalten noch herbeigeführt werden. Vor allem müßte die Kampf um den Achtstundentag um auf der Tagesordnung bleiben.

Der Kassierer gab den Kassierbericht der Verwaltungsstelle. Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit rund 13000 Mark. Die Mittelüberschlag hat sich um 98 erhöht und betrug am 31. März in der Verwaltungsstelle 1900. Die Reichstages- und Hauptfahrgeldung zählte in diesem Tage 129 Mitglieder und die neue Rentenerhöhung 41.

Eine von der Ortsverwaltung vorgelegte Entschickung, in welcher es allen Mitgliedern zur Pflicht gemacht wird, ab jetzt, soweit es nicht schon geschehen ist, einen um mindestens 10 Pf.

Im Lande der roten Fahne

Bericht der zweiten Arbeiterdelegation über Sowjet-Rußland. Herausgegeben vom Verlage „Die Einheit“, Berlin S. 14. Preis 0,50 Mk. 24 Seiten.

Wieviel Exemplare sind in Deinen Betriebe schon angelegt?

Betriebsmord!

Wieder ein Opfer der Dames-Bahn

Wienstein, 16. Mai. Täglich neuntägliche beim Rangieren auf dem hiesigen Güterbahnhof der 30 Jahre alte Rangierer Alfred Baq aus Lobitzsch, ein Familienvater.

höheren Wochenbeitrag für die Organisation zu zahlen, fand einstimmige Annahme.

Zum Schluß der Versammlung wurde ein vom hiesigen Allgemeinen Komitee mit Erläuterungen vorgelegter 31 im über die Eigenproduktion deutscher Konsumverbraucher mit diesem Interesse seitens der Versammelten entgegenkommen.

Der Besluß der Versammlung heißt ein bedeutend besserer sein können.

Teilergebnis der Eisenbahner-Wahlen

Aus Leipzig wird uns folgendes Teilergebnis der am 12. und 13. Mai getätigten Betriebsratswahl der Eisenbahner gemeldet:

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands . . . 423 Stimmen
 Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (Christen) . . . 163 Stimmen
 Allgemeiner Eisenbahner-Verband (Schrift-Führer) . . . 226 Stimmen
 Anführerband für das Reichsgewerbe . . . 281 Stimmen
 Ungültig . . . 50 Stimmen

Familienhilfe für krankenversicherte Erwerbslose

Für Angehörige von Erwerbslosen, die nach § 20 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 (RGBl. I. S. 127) bei einer Krankenfalle versichert sind, sind die Nachleistungen an Familienhilfe, die die Familienhilfe auf Grund von § 20 b der Reichsversicherungsordnung ausfallen kann, nach der hiesigen Reichspräsidenten des Reichsversicherungsamtes dann ausgeschlossen, wenn die Zahlung die Familienhilfe nur solchen Angehörigen zufließt, die ganz oder überwiegend aus dem Arbeitsverdienst des Mitgliedes unterhalten worden sind. Fern das Reichsversicherungsamt, das die Familienhilfe zahlt, nach der hiesigen Reichspräsidenten des Reichsversicherungsamtes dann ausgeschlossen, wenn die Zahlung die Familienhilfe nur solchen Angehörigen zufließt, die ganz oder überwiegend aus dem Arbeitsverdienst des Mitgliedes unterhalten worden sind. Fern das Reichsversicherungsamt, das die Familienhilfe zahlt, nach der hiesigen Reichspräsidenten des Reichsversicherungsamtes dann ausgeschlossen, wenn die Zahlung die Familienhilfe nur solchen Angehörigen zufließt, die ganz oder überwiegend aus dem Arbeitsverdienst des Mitgliedes unterhalten worden sind.

Anders ist wegen der Wichtigkeit die Familienhilfe nicht davon abhängig macht, daß der Versicherte seine Familienhilfe bisher aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten hat, so daß auch die Familienmitglieder eines nach § 20 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge Versicherten die Leistungen erhalten können. In diesem Falle wird nichts dagegen erzwungen sein, daß für die nachfolgenden Erwerbslosenfürsorge mit dieser der für die lohnungsabhängigen Zulagebeiträge gemäß § 24 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung entrichtet und als notwendiger Aufwand der Erwerbslosenfürsorge angesehen werden.

Achtung, Richterhatter! Wenn Ihr bei Beschwerden und Verammlungsnachrichten nicht den Ort angeht, kann die Politik nicht gebracht werden. Im „Bürgergarten“ welches Ortes soll am 18. Mai eine Sauberelegierten Versammlung stattfinden?

Das soziale Wahljahr — Ein Erfolg des Bürgerblocks*

In der Reichstagswahl vom 4. April wurde das Gesetz über die Wahlen der Reichsversicherungsordnung angenommen. Dieses Gesetz ist ein Beweis für die Kraft der Gewerkschaften auf Seiten der Arbeiter, die Kandidaten zu den Wahlen aufzustellen. Grundmäßig kein Gewerkschaftler gegen die Forderung der Gewerkschaften sein. Es ist selbstverständlich, daß die revolutionären Gewerkschaftler damit einverstanden sind. Jedoch wäre es notwendig gewesen, durch eine klare und eindeutige Formulierung im Gesetz festzusetzen, daß durch dieses den Gewerkschaften gebührende berechtigte Verrechtlichung der Mitarbeiter nicht lahmgelockt, sondern daß vielmehr durch die Gewerkschaften die Mobilisierung der Versicherten bei der Aufstellung der Kandidaten vorgenommen wird. Mit Recht beantragte darum die kommunistische Arbeiterdelegation, daß die Gewerkschaften der Versicherten aufgestellt werden müssen, die von den Gewerkschaften einzubringen sind. Gegen dieses Vorschlag hat sich aber die Sozialdemokratie gewandt, wie selbstverständlich sich dagegen wandten die Vertreter der Reaktion.

Von Verbänden solcher Vereinigung nach den Grundlinien der Verhältnismäßig gemacht.

Das Wahljahr nach dem Gesetz die Gewerkschaften auf Seiten der Arbeiter, die Kandidaten zu den Wahlen aufzustellen. Grundmäßig kein Gewerkschaftler gegen die Forderung der Gewerkschaften sein. Es ist selbstverständlich, daß die revolutionären Gewerkschaftler damit einverstanden sind. Jedoch wäre es notwendig gewesen, durch eine klare und eindeutige Formulierung im Gesetz festzusetzen, daß durch dieses den Gewerkschaften gebührende berechtigte Verrechtlichung der Mitarbeiter nicht lahmgelockt, sondern daß vielmehr durch die Gewerkschaften die Mobilisierung der Versicherten bei der Aufstellung der Kandidaten vorgenommen wird. Mit Recht beantragte darum die kommunistische Arbeiterdelegation, daß die Gewerkschaften der Versicherten aufgestellt werden müssen, die von den Gewerkschaften einzubringen sind. Gegen dieses Vorschlag hat sich aber die Sozialdemokratie gewandt, wie selbstverständlich sich dagegen wandten die Vertreter der Reaktion.

Die Annahme dieses Vorschlages hätte gleichzeitig den Gewerkschaften die Möglichkeit gegeben, besonders auf dem Lande an jene Schichten heranzutreten, die heute noch nicht von den Gewerkschaften erfaßt sind. So hätte die Annahme dieses Antrages gleichzeitig die Erklärung des gewerkschaftlichen Einflusses, die Protaganda für die Gewerkschaften unter den breiten Massen bedeutet.

Das wäre besonders zur Werbung unter der Landbevölkerung nach großer Bedeutung gewesen. Aus ihrem engen bürokratischen und reformistischen Weltbild heraus haben die Gewerkschaftsführer und Sozialdemokraten diesen Vorschlag abgelehnt und damit selbst die Aktivität der Versicherten in einem bestimmten Maße gelähmt.

Die Bedeutung, die durch die Annahme des Gesetzes die sozialen Wahlen erlangt haben, machen es notwendig, daß die Arbeiterbewegung sich ernstlich mit der Vorbereitung der Wahlen beschäftigt. Es dürfen nur solche Vertreter wählen, die wirklich gewillt sind, im Sinne der Forderungen des Massenbewußten Proletariats in der Sozialversicherung zu wirken und die einen energischen Kampf für die Umgestaltung der Sozialversicherung in der Sozialversicherung führen.

Die Aufstellung der Kandidaten zu den Wahlen darf nicht bloß dem einzelnen Gewerkschaftsverbanden überlassen werden. In den Betrieben, sowie in den Gewerkschaftsvereinigungen muß zur Aufstellung der Kandidaten Stellung genommen werden, und besonders ist es notwendig, durch die Behandlung dieser Angelegenheit auch die Versicherten mehr wie bisher für diese, je selbst angehenden Fragen zu interessieren. Darüber hinaus gilt es, die gesamte Arbeiterbewegung für den Kampf für die Umgestaltung der Sozialversicherung zu mobilisieren. Insbesondere gilt es zu fordern: die Vereinheitlichung und Zentralisierung der Sozialversicherung, die Beseitigung der Zersplitterung der Krankentafeln, Aufhebung des Annahms, Betriebs- und Berufsrententafeln, Schaffung von allgemeinen Orts- und Berufsrententafeln, Ausweitung des Einkommens, Bekämpfung der Verschwendung der Versicherten, Aufhebung der Mittel durch die Unternehmer, Steigerung der Leistungen und Bekämpfung des Bureaukratismus.

Die Kommunisten haben 1922 mit aller Schärfe gegen diese Zersplitterung gekämpft, sie haben beim Eisenbahnerstreik gefordert, daß die freien Gewerkschaften sich voll und ganz hinter diesen Kampf stellen. Sie haben auch — nachdem durch den Verrat des DGB. in dieses Unterangriff war — gegen die Gründung des DGB. Stellung genommen und verlangt, daß die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung vom System der Berufsverbände auf Industriegewerkschaften umgestellt wird. In den Industrieorganisationen müssen Arbeiter, Angestellte und Beamte einer bestimmten Industriegruppe in einem Verband vereinigt werden. Die Beamten der einzelnen Berufsgruppen können durch ein Beamtenrat für die Vertretung der besonderen Beamteninteressen zusammengefaßt werden. Die SPD. und DGB.-Führer haben dieses Verlangen der Kommunisten mit Hohn und Spott abgewiesen, sie als die „berufenen Gewerkschaftler“ ließen sich doch von den Kommunisten nicht tägen.

Die Beamten der einzelnen Berufsgruppen können durch ein Beamtenrat für die Vertretung der besonderen Beamteninteressen zusammengefaßt werden. Die SPD. und DGB.-Führer haben dieses Verlangen der Kommunisten mit Hohn und Spott abgewiesen, sie als die „berufenen Gewerkschaftler“ ließen sich doch von den Kommunisten nicht tägen.

Die Beamten der einzelnen Berufsgruppen können durch ein Beamtenrat für die Vertretung der besonderen Beamteninteressen zusammengefaßt werden. Die SPD. und DGB.-Führer haben dieses Verlangen der Kommunisten mit Hohn und Spott abgewiesen, sie als die „berufenen Gewerkschaftler“ ließen sich doch von den Kommunisten nicht tägen.

Die Beamten der einzelnen Berufsgruppen können durch ein Beamtenrat für die Vertretung der besonderen Beamteninteressen zusammengefaßt werden. Die SPD. und DGB.-Führer haben dieses Verlangen der Kommunisten mit Hohn und Spott abgewiesen, sie als die „berufenen Gewerkschaftler“ ließen sich doch von den Kommunisten nicht tägen.

Die Beamten der einzelnen Berufsgruppen können durch ein Beamtenrat für die Vertretung der besonderen Beamteninteressen zusammengefaßt werden. Die SPD. und DGB.-Führer haben dieses Verlangen der Kommunisten mit Hohn und Spott abgewiesen, sie als die „berufenen Gewerkschaftler“ ließen sich doch von den Kommunisten nicht tägen.

Die Beamten der einzelnen Berufsgruppen können durch ein Beamtenrat für die Vertretung der besonderen Beamteninteressen zusammengefaßt werden. Die SPD. und DGB.-Führer haben dieses Verlangen der Kommunisten mit Hohn und Spott abgewiesen, sie als die „berufenen Gewerkschaftler“ ließen sich doch von den Kommunisten nicht tägen.

*) Aus „Arbeiterrat“ Nr. 5.

Stadt Halle

Ob nun die Saale-Mer einführen?

Bekanntlich hat der Magistrat den Motorbootbesitzern, welche das Ueberfahren auf der Saale als notwendig, die Benutzung ihrer Motorboote mit dem Hinweis unterlag, daß die Saale-Flur darunter leiden würde, daß die Saaleufer drohen. Wir haben schon darauf hingewiesen, wie lächerlich dieses Verbot war, ein jeder Schiffsbürger, denn wenn die Flur einführen drohen, so liegt schließlich näher, als die Flur zu befestigen, weil nicht nur Motorboote, sondern auch andere Wasserfahrzeuge so gefährdend wirken könnten.

Die Motorbootbesitzer haben sich nunmehr an die Regierung gewandt, und diese mußte sogar, entgegen dem Verbot des hallischen Magistrats, einen Erlaubnisbescheinigung zum gewerblichen Betriebe der Personenmotorboote auf der Saale genehmigen. Die Genehmigung liegt jetzt vor. Und nun wird sich ja zeigen, ob an der Saale hellen Strände bald ein Gedränge entstehen wird.

Endlich Vernehmung des Genossen Friebe

Der „Montag-Morgen“ vom 16. Mai meldet, daß vom Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Albert, die erste Vernehmung des Genossen Friebe für Montag vormittag beim Landgericht Halle angelegt wurde.

Es ist ein beifälliger Stempel, daß die gerichtliche Vernehmung von Friebe erst vier Monate nach seinem Gefängniserfolg.

Wie der „Montag-Morgen“ weiter berichtet, hat der Verteidiger von Hoelz und von Friebe, Rechtsanwalt Dr. Apfel, an den Untersuchungsrichter das Ersuchen gestellt, die Vernehmung des Genossen Friebe beimögen zu dürfen.

Straßenbahn und Schlachthof

Wie bekanntlich besitzt die letzten Ausführungen von Dr. Kambert über die Bahnhöfe.

Die am Kopplatz liegenden Wagenschuppen und Werkstatt sind in technischer Hinsicht ungenügend und unzureichend, auch in gesundheitlicher Beziehung nicht weiter zu veranlassen. Mit dem Bau eines neuen Betriebsbahnhofs in der Freimühlstraße, gegenüber dem Schlachthof und Viehhof, wurde im März 1926 begonnen. Es werden dort eine Hauptwerkstätte, ferner Wagenhallen für insgesamt 200 Wagen und verschiedene Nebengebäude errichtet. Die Inbetriebnahme dieses Bahnhofs soll im Juni d. J. erfolgen. Es wird dann der gesamte Betrieb auf dem Kopplatz mit Ausnahme der Umformarbeiten eingestellt, desgleichen der Werkstattbetrieb in der Seebener Straße. Das Wagendepot bleibt vorerst noch dort. Es wird aber bei der bevorstehenden Einleitung des Schienenverkehrs nicht mehr lange bestehen und seine Verlegung, da eine Vergrößerung an Ort und Stelle nicht möglich ist, in den nächsten Jahren ins Auge gefaßt werden müssen. Die Straßenbahn besitzt zurzeit 145 Motorwagen und 69 Anhängerwagen. Weitere 200 Motorwagen und 20 Anhänger sind bestellt.

Das Sahnnetz umfaßt etwa 75 Kilometer Einbahnlinien. Mit der Eröffnung der Hebelbahn durch die Mansfelder Straße wird spätestens im Spätherbst zu rechnen sein. Für 1927 ist noch der Ausbau der Straßenbahnlinie Seebener Straße über Artilleriestraße geplant. Damit wird der Ring über die Wagelberger Straße geschlossen.

Was die Verkehrsverhältnisse im Stadtbinnen anbelangt, so wird man wohl sagen können, daß sie auf die Dauer unzulänglich sind. Es wird die Frage zu prüfen sein, ob und inwieweit noch Straßenbahnlinien aus dem Stadtbinnen hinaus verlegt werden können.

Die technische Verbesserung der maschinellen Anlagen des Schlachthofes wurde vom Magistrat im Frühjahr 1925 Dr. Kambert übertragen. Damals wollte eine auswärtige Firma dem Schlachthof gegenüber eine Eisfabrik errichten, weil die vorhandenen Anlagen des Schlachthofes unzureichend waren. Es wurde daraufhin vom Schlachthof eine neue Eisfabrik in der Saganstraße aufgestellt, die auch rechtzeitig vor dem Sommer 1925 in Betrieb kam und den Anforderungen entspricht. Sie liefert 800 Zentner Eis innerhalb 24 Stunden. Ferner wurden im Winter 1925/26 im Herbst 1926 die beiden alten Kahlstufmühlen, die vollständig verrotten und aufgegeben waren, durch moderne Zentrifugalmühlen mit einer Kahlleistung von je 100.000 kg Staub pro Stunde ersetzt. Die übrigen maschinellen Anlagen des Schlachthofes sind ebenfalls ziemlich abgenutzt und veraltet. Sie sind größtenteils seit über 30 Jahren in Betrieb und hat ihre Schuldigkeit getan.

Zurzeit wird geprüft, ob bei der jetzt in Angriff zu nehmenden schrittweisen Erneuerung Umstellung auf elektrischen Antrieb erfolgen soll. Der Schlachthofbetrieb erfordert neben der Antriebsleistung für die Kahlmaschinen heisses Wasser sowie Abwärmung zum Kochen des Fleischs, des Fleischmüllers. Es liegt in der Nähe, die Kahlmaschinen mit Dampfmaschinen anzutreiben und deren Abwärmung zur Warmwasserbereitung zu verwenden. Der Bedarf an solchem Abwärmung ist aber nur ein Bruchteil der Dampfmenge, welche im Sommer gebraucht wird, wenn alle Kahlmaschinen im Gange sind. Man wird also wahrscheinlich zu einem gemischten Betrieb — teils Dampf, teils elektrisch — kommen. Gewiß ist, den Dampf von dem projektierten Fernheizwerk zu beziehen.

Kapitalbedarf der hiesigen Werte

In den letzten drei bis vier Jahren sind aus den laufenden Einnahmen für Neuanfertigungen ausgegeben:

Elektrizitätswert	8,00 Millionen M.
Gaswert	0,58 " "
Wasserwert	0,98 " "
Straßenbahn	2,60 " "
zusammen:	12,05 Millionen M.

Im Laufe der nächsten vier Jahre werden für den weiteren Ausbau der Werte nötig sein:

Elektrizitätswert	9,60 Millionen M.
Bergwerke	1,90 " "
Gaswert	0,58 " "
Wasserwert	2,75 " "
Straßenbahn	7,75 " "
Verwaltungsgebäude	2,00 " "
zusammen:	26,35 Millionen M.

Es wird angenommen, daß aus Rückstellungen gedeckt werden können:

Elektrizitätswert	4,09 Millionen M.
Bergwerke	0,20 " "
Gaswert	1,00 " "
Wasserwert	1,00 " "
Straßenbahn	2,00 " "
zusammen:	8,29 Millionen M.

mithin durch Anleihen zu decken rund: 18,16 Millionen M.

In den von den höchsten Körperschaften bereits genehmigten Anleihen sind vorzusehen für:

Elektrizitätswert	0,90 Millionen M.
Gaswert	0,20 " "
Straßenbahn	0,73 " "
Verwaltungsgebäude	0,30 " "
zusammen:	2,20 Millionen M.

so daß an weiteren Anleihen noch aufzunehmen sind: 15,96 Millionen M.

Ein graufiges Bild hallischen Wohnungselends

Die Regierung hat vor mehreren Jahren zwecks Vergrößerung der Taubstummenanstalt auf dem Äckerplatz mehrere anliegende ältere Häuser erworben. Inzwischen ist eines der Häuser, und zwar Jägerplatz 23, bewohnt worden, und die Einwohner leben darin unter kümmerlichen Lebensverhältnissen.

Die nebenliegenden Häuser geben dafür einen furchtbaren Beweis. Das erste Bild zeigt eine Stube der ersten Etage, die mit Betten gefüllt worden mußte und polsterrich geräumt wurde. Das zweite Bild zeigt eine Kammer, die genau über der unten gezeigten Stube liegt. Diese Kammer, die von unten gefüllt werden mußte, ist von einer Familie bewohnt, die ständig in Lebensgefahr schwebt, nach der unteren Etage durchzubrechen. Die „Wohnung“ gestattet dem Sonnenlicht durch das Dach ungenügend Zutritt. Bei Regenwetter sind die Bewohner gezwungen, den Schirm aufzukapfen, um nicht noch in der Stube oder sogar im Weite Regen abzubekommen.

Nun hat die Regierung die Erlaubnis zum Abbruch dieses Hauses erteilt. Kein vernünftiger Mensch wird gegen den Abbruch eines so baufälligen Gebäudes etwas einzuwenden haben. Aber da kommt das Problem, was man wohl taun für möglich hält. Die Regierung teilt den Wohnungsinhabern in nachstehend abgedrucktem Schreiben mit, daß sie bis zum 1. Juni die Wohnung zu räumen habe, andernfalls sofort eine Räumungsfrage erfolgen wird. Eine Ersatzwohnung wird aber nicht in Aussicht gestellt.

Der Landeshauptmann
der
Provinz Sachsen,
Gef.-Nr. 271. F. 2. 5.

Merseburg, den 25. April 1927.

Auf Ihren Antrag vom 5. d. M. Halle ich Ihnen anheim, sich schon jetzt um eine andere Wohnung zu bemühen, da die Genehmigung zum Abbruch des Hausgrundstücks bereits erteilt und die Räumung Ihrer Wohnung zum 1. Juni d. J. inzwischens verfügt worden ist.

Den Mitunterzeichner des Antrages, Herrn K. S., ersuche ich, hieron Kenntnis zu geben.

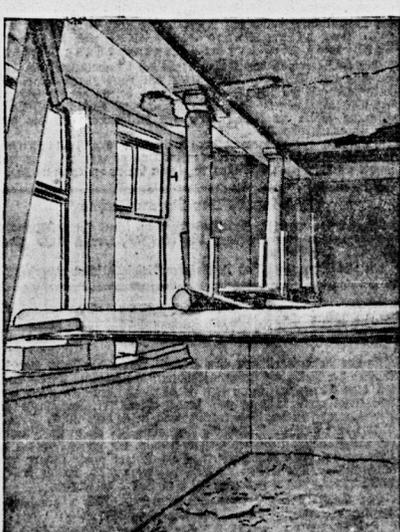
J. A. bez. Arch. v. Schleinitz,
Reg.-Rat;
gez. Horn oder Korn,
Landesoberinspektor.

An Herrn K. S., Halle,
Landeshauptmann Halle S.,
Kuhntstraße 1,
Gef.-Nr. A 98/27.

Halle, den 26. April.

Per Einschreiben!
Herrn

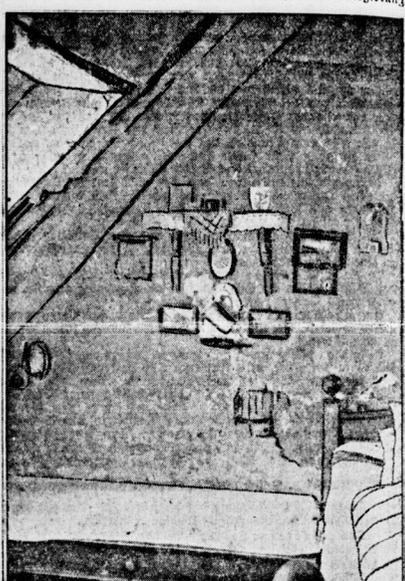
Namens und im Auftrag des Herrn Landeshauptmanns zu Merseburg wird Ihnen zum 1. Juni dieses Jahres Ihre Wohnung



nung gefündigt unter dem Hinweis, daß, falls die Wohnung bis zu diesem Zeitpunkt nicht geräumt worden ist, sofort die Räumungsfrage angesetzt wird.

Der Vorstand des Landesbauamts,
gez. Knabe.

Da das Haus der jetzigen Wohnungsinhaber der Regierung gehört, weigert sich das städtische Wohnungsamt in Halle, den Verbleibenden anderweitig eine Wohnung anzujewien. Die Regierung



ihre Seite, die doch in diesem Falle verpflichtet ist, für Ersatzwohnungen zu sorgen, droht ganz einfach den Bewohnern mit einer Räumungsfrage und „Halt ihnen anheim“, sich schon jetzt eine andere Wohnung zu suchen. Dem Unterzeichner des ersten Schreibens, dem z. B. Herr v. Schleinitz, scheint gar nicht bekannt zu sein, daß es in Deutschland eine ungeheure Wohnungsnot gibt und man sich eine Wohnung nicht ohne weiteres suchen kann.

Es ist Aufgabe der Arbeiterschaft und ihrer Vertreter in den Gemeinden und Landesparlamenten, sich energisch gegen solche willkürliche Maßnahmen zur Wehr zu setzen, um zu erreichen, daß die Beschaffung von Arbeiterwohnungen in größtmöglicher Umfang sofort in Angriff genommen wird.

Eine nackte Lastfrage

Freitag, den 13. Mai, wurde eine Familie von sieben Personen, darunter fünf minderjährige Kinder, auf die Straße gebracht, ein Kind wurde auf Verlangen des Arztes in die Klinik gebracht.

Der Ermittelte, ein kleiner Handwerkermeister, hatte eine Forderung an den Hauswirt. Es kam zur Klage, über die erst am 1. Juni Termin anfiel. Trotzdem wurde die Räumung für Nacht erklärt, da Beklagter seine Forderung von der Wirtes Innebehaltung hat.

Das Jugendamt wurde von der Klage und der Räumung nicht benachrichtigt. Nachdem die Räumung vollzogen war, mußte man seinen anderen Ausweg als zum A. G. Gerate beschaf, weil die Familie bis bisher trotz schwerigen Vermögensverlusts nicht durchgehoben hat, und nicht weniger unterstützt werden konnte. Die Wohnung ist leer. Das nachgelagerte Armenrecht wurde vom Jugendamt bestritten, vom Gericht aber abgelehnt, weil inwieweit die Artikel des Vormerkungsgesetzes in Anwendung kommen.

Vorläufig eine Frage: Der Ermittelte hatte vor kurzem die Amtsenthebung eines Amtsgerichtes verlangt. Der Herr Landesverwaltungspräsident G. H. H. D. unterließ die Sache in seiner Bearbeitung. Es geschah vorläufig weiter nichts, als daß der Herr Amtsgerichtsrat ganz plötzlich von der Abteilung 10 nach dem Weichselbrennerei, Abteilung 5, verlegt wurde, etwa der Abteilung, welche die Räumung veranfaßt. Hängt die Sache etwa damit zusammen?

Neue Sonntagsruffahrten

Während der Dauer des Sommerfahrplans 1927 sind bis auf weiteres folgende Schnellzüge zur Benutzung mit Sonntagsruffahrten gegen Bezahlung des vollen Schnellzugpreises freigegeben: Strecke Halle (Saale) — Berlin D 37 Halle (Saale) ab 6.48 Uhr, D 49 Halle (Saale) ab 7.06 Uhr, D 7 Halle (Saale) ab 15.22 Uhr. Strecke Berlin — Halle (Saale): D 32 Berlin ab 8.12 Uhr, Halle (Saale) an 10.35 Uhr, D 50 Berlin ab 20.17 Uhr, Halle (Saale) an 22.35 Uhr. Strecke Halle (Saale) — Nordhausen: D 106 Halle (Saale) ab 13.35 Uhr, Strecke Halle (Saale) — Sagan und umgekehrt: D 105 Halle (Saale) ab 16.44 Uhr, D 106 Halle (Saale) an 12.50 Uhr, Strecke Leipzig — Goslar: D 132 Halle (Saale) ab 13.34 Uhr.

Auswanderer nach den Vereinigten Staaten

Das amerikanische Konsulat Leipzig hat für das Quotensjahr 1927/28 folgende Bestimmungen herausgegeben:

Die Warteliste für Blum-Antragsteller aus dem Leipziger Konsulatsbezirk (Kreisbauamtsbezirk Leipzig, Provinz Sachsen, Großhildesheim, Anhalt), die während des kommenden Quotensjahres (1. Juli 1927 bis 30. Juni 1928) nach den Vereinigten Staaten auszuwandern gedenken, wird für Neuzutragenden Montag, den 16. Mai 1927, geöffnet. Es werden keinesfalls Anträge vor diesem Termin entgegengenommen. Diejenigen, die bereits im Besitz von Registriernummern sind, werden automatisch auf die neue Warteliste gesetzt und brauchen bei dem Amerikanischen Konsulat in Leipzig, Ecke Schillerstraße 1, ersichtlich, falls sich jemand einmal eintragen ließ, wird nur der letzte Antrag berücksichtigt. Ferner werden nur solche Anmeldeungen anerkannt, die auf den vorgeschriebenen Formularen eingereicht werden. Diese Vorbrufe sind bei den Schiffahrts-Agenten oder gegen Einleitung eines arbeitsfreien Reisepassages bei dem Amerikanischen Konsulat, Leipzig, Ecke Schillerstraße 1, ersichtlich. Diese Formulare müssen genauere ausgefüllt und deutlich geschrieben — am oder nach dem 16. Mai d. J. per Post an das Konsulat der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Leipzig, eingesandt werden. Es wird ausdrücklich betont, daß nur solche Registrieranträge Berücksichtigung finden, die durch die Post im Verzeichnungsamt mit dem

üblichen Poststempel versehen hier eingehen. Der Empfang wird innerhalb 30 Tagen bestätigt. Gleichzeitig wird dann dem Antragsteller seine Registriernummer und der Termin mitgeteilt. Wann er ungefähr mit der endgültigen Erledigung seines Blum-Antrages rechnen kann. Der Empfang einer Registriernummer gewährleistet die Eintragung eines Antragstellers in die Warteliste. Wer also keine Registriernummer hat, ist infolgedessen noch nicht in die Warteliste eingetragen.

Nachdem der Name eines Antragstellers in die Warteliste eingetragen ist, muß derselbe warten (in den meisten Fällen mehrere Monate), bis er an der Reihe ist; denn die Registrieranträge werden genau in der Reihe des Postempfangs bearbeitet. Erst wenn der Antragsteller an der Reihe ist, werden seine Papiere durch das Konsulat angefordert, und es dürfen keinesfalls Papiere mit ungelösten oder das amerikanische Konsulat in Leipzig gefaßt werden. Es würden noch nur ungenügend auf Kosten und Gefahr des Wanders zurückgehen.

Vorläufige Auskunft bezieht sich nur auf Antragsteller, die zur deutschen Quote gerechnet werden, d. h. Personen, die innerhalb der jetzigen Grenze Deutschlands sich befinden. Die Quoten für Ausländer, die die erwerblichen Formulare sind in dem Prospekt-Reisebureau, Poststraße, kostenlos zu haben.

Es wird auch Zeit! Das Tiefbauamt gibt bekannt: In der Woche vom 16. bis 21. Mai werden durch die hiesige Tiefbauverwaltung nachstehende größere Arbeiten begonnen: Seidenweg zwischen Seidenweg und Weinbergweg, Arbeiterherstellung und Behandlung der Straßenoberfläche mit Kalkputz. Herstellung von großen Spielplätzen westlich des Bettiner Weges. Es sind etwa 110.000 Quadratmeter Boden einzuweben. Die Arbeiter werden durch Arbeitslos ausgeführt. Die Bauarbeiten selbst auf einer Seite einen breiteren Fußweg und wird bis zur Einweisung zum Autoshof mit Kalkputz befestigt.

Nach Abgang des Postwagens sind die Arbeiten an der Groß-Werke-Brücke seit Montag, den 8. Mai, wieder in vollem Umfang aufgenommen worden.

Das dritte „Volkspar“ Sommerfest findet am Dienstag, dem 17. Mai, abends 8 Uhr statt. Zum Vortrag gelangen im ersten Teil Dichtersprüche aus je einer Oper von G. W. v. Weber, Richard Wagner und M. Klengel.

Bitterfeld-Wittenberg

Das Gesicht dem Dorje zu!

5. Erde, Berlin

„Es ist die dringlichste und größte Pflicht der Partei, die dringlichste und größte Pflicht der Partei, die dringlichste und größte Pflicht der Partei...“

Die Notwendigkeit der Besserung dieser Werte... Es ist klar, daß viele dieser Arbeiter durch...“

Eine späte Einsicht des DGB.

Wir begrüßen, daß der DGB in der „Gewerkschaftszeitung“... Es ist klar, daß viele dieser Arbeiter durch...“

Seit Jahren haben wir das hervorgehoben, was hier der DGB betont. Es wurde in unserer Presse im Zusammenhang...“

Der Landarbeiter weiß, daß die gegenwärtige...“

Das entsprechende Angebot unserer Partei in der DGB-Führung...“

Die Partei der ländlichen Reaktion ist aber zu stark...“

Leht Agitationstouren aufs Land!

Wir können es Herrn Böcker überlassen, sich über den...“

Die aufs Land zur Landarbeiterschaft kommenden...“

Organisiert das Landproletariat in der freigewerkschaftlichen Front!

Wochenbericht des Arbeits- und Berufsamtes für den Kreis Bitterfeld

Die Beförderung der Arbeitsmarktlage...“

Landwirtschaft: Die lebhafteste Nachfrage nach...“

Bergbau: Für den hiesigen Bezirk konnten 6...“

Metallgewerbe: Wie in den Vormonaten konnten...“

Chemie: In der Berichtswochen lagen nur...“

Textilgewerbe: Es wurden 5...“

Nahrungsgewerbe: Vermittelt wurde 1...“

Textilgewerbe: Vermittelt wurde 3...“

Chemie: Vermittelt wurde 1...“

Metallgewerbe: Vermittelt wurde 1...“

Chemie: Vermittelt wurde 1...“

bedinglich für Maurer und Maler vorhanden...“

Textilgewerbe: Es konnten 6...“

Textilgewerbe: Vermittelt wurde 1...“

Kreis! Da wäre man doch zu sehr an die Ungerechtigkeit...“

„Er tut, was er will.“

Rechtlich, Badetisch, Nummer haben die Arbeiter...“

Neues aus aller Welt

Ein polnischer Militärzug entgleist

In der Nähe von Nowe Grudle entgleiste ein Militärzug...“

Es wird berichtet, diese Entgleisung...“

Die verunglückten Flieger noch nicht gefunden

Die Suche nach den französischen Fliegern...“

Unwetter in Sowjet-Russland

In Leningrad fiel am Mittwoch und Donnerstag...“

Nischenbahnlokomotivbrand in Warschau

In früher Morgenstunden brach auf dem...“

Schweres Bauunglück

Beim Abmontieren eines Giehkranes am...“

Großfeuer in Wintken in Westfalen

In der Feuertagsnacht der Firma...“

Ein Wunder der Technik

Die Technik macht immer gewaltigere...“

nation schlug eine Strohflamme empor...“

Ein vielfacher Räuber verhaftet

Der Landhändler Bittkan gelang es...“

Unfallschlag durch Schneesturm im Monat Mai!

Abends gegen 6 Uhr fuhr ein...“

Kälte, Sturm und Hagel

Die drei Eisheiligen sind...“

Untergang eines indischen Schiffes

Infolge eines Sturmes ist in der...“



